

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Reich“ mit „Gedanken und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 10. April 1926

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Justizheke gegen Asmus.

Ein Staatsanwalt, der nicht zu der deutschen Justiz paßt.

Chemnitz, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag, dem zweiten Verhandlungstag im Asmus-Prozess, wurde eine Reihe weiterer Fälle behandelt, aus denen sich ergeben soll, daß der Angeklagte Straffällige der Bestrafung entzogen habe.

Sherangezogen wurde zum Beispiel der Fall des Tischlermeisters Jos aus der Nähe von Hainichen. Der fabrizierte für eine Schützen-Gesellschaft

eine Schießbudenfigur, die den damaligen Reichspräsidenten Ebert darstellte.

In der einen Hand hielt die Figur einen Geldbeutel, in der anderen eine Schnapsflasche, während der Zylinderhut die Aufschrift Ebert trug. Diese hunds-gemeine Beleidigung des damaligen Reichspräsidenten „ahndete“ das Schöffengericht in Hainichen mit Freisprechung. Weil Oberstaatsanwalt Asmus sich über diesen Fall berichten ließ und zu erkennen gab, daß er auch mit der in der Berufungsinstanz erfolgten Verurteilung zu ganzen 200 Mark Geldstrafe nicht einverstanden war, soll er parteiisch gehandelt haben.

Asmus äußerte sich zu jedem Fall sehr eingehend und begründete juristisch seine Haltung. Der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft hatte in jedem Falle Ausfälle kleinlicher Art zu machen. Das eine Mal war er mit dem Tempo der Beweis-

erhebung nicht zufrieden, das andere Mal hätte man „noch dies und jenes machen können“.

Fälle, wo Asmus Leute freigelassen hatte, die wegen Beleidigung der Reichswehr in der Zeit des Reichswehrmarsches in Sachsen zum Teil auf Monate ins Gefängnis geworfen waren.

Der Angeklagte konnte aber an Hand der Akten darauf verweisen, daß nur die entlassen wurden, die nach dem Gesetz ein Recht auf Freilassung hatten, weil weder Fluchtverdacht noch Verdunkelungsgefahr vorlag und weil die Angeeschuldigten geständig waren.

Bon besonderem Interesse war ein Fall Tradowitz. Dieser wegen seiner Ruhe und Besonnenheit bekannte Mann wurde wegen Landfriedensbruch in Untersuchungshaft genommen. Monate vergingen, ohne daß die Hauptverhandlung angelegt wurde. Als der Termin immer wieder hinausgeschoben wurde, trat T. nach fünf Monaten Untersuchungshaft in den Hungerstreik. Das zuständige Gericht hat T. schließlich freigelassen. Weil Asmus in einem Privatgespräch schon vorher geäußert hatte, daß man den Tradowitz freilassen müsse, behauptet die Anklagevertretung auch hier eine untorrekte Geschäftsführung.

Lebhafte Auseinandersetzungen gab es verschiedentlich wegen der 1923 in Sachsen bestehenden proletarischen Hundertschaften und Kontrollausschüsse. Obwohl dem Gericht bekannt ist, daß die damalige Regierung die Hundertschaften und Kontrollausschüsse nicht nur gebildet, sondern auch gefördert und sich ihrer bedient hat, macht man es dem Angeklagten zum Vorwurf, daß er nicht eingeschritten sei. Die Verteidigung beantragt schließlich, den früheren Innenminister Liebmann als Zeugen zu laden und Regierungsverordnungen beizubringen, aus denen hervorgeht, daß die damalige Regierung diese Einrichtungen unterstützt hat.

Die Beschlussfassung über die Beweisanträge erfolgt am Sonnabend.

Tschechische Wahlreformpläne.

Zur Entrechtung der Minderheitsvölker.

Von Senator Wilhelm Riefner (Prag).

Die innere Politik der Tschechoslowakei, die zu der von Dr. Benesch betriebenen Außenpolitik in einem erheblichen Gegensatz steht, ist in eine Sackgasse geraten. Es ist dies nicht das erste Mal, denn die politischen Verhältnisse stehen schon seit Jahren im Zeichen der Krise, aber niemals waren sie noch so heillos verfahren wie jetzt. Der Staat wird gegenwärtig von einem Beamtenkabinet, einer Regierung von sogenannten Fachmännern regiert. Ihre Einlegung ist der Ausdruck der Berlegenheit, sie ist keineswegs aus dem Bedürfnis erfolgt, die parlamentarischen Minister, die ihr Ressort meist zu arger Parteiwirtschaft mißbrauchten, durch sach- und fachkundige, den protektionslusternen Parteien entrückte Menschen zu ersetzen. Die Beamtenregierung wurde eingelegt, weil jeder andere Ausweg verschlossen war und nach dem Scheitern der „allnationalen“ Koalition keine Möglichkeit bestand, eine anders zusammengesetzte parlamentarische Regierung an ihre Stelle zu setzen.

Der Begriff allnationale Koalition ist geeignet, im Ausland falsche Vorstellungen zu erwecken. Wer etwa meinen sollte, es sei darunter eine Regierung aller im Staate lebenden Nationen zu verstehen, verfiel der schwersten Täuschung. Allnationale Koalition war nichts als der Name für die Zusammenfassung von fünf tschechischen Parteien zur Ausübung der Regierungsgewalt im Sinne des tschechischen Staatsgedankens. Unter diesem „Staatsgedanken“ ist zu verstehen: der Staat ist ein tschechischer, ist ausschließlich als ein solcher zu regieren und die in ihm lebenden anderen Nationen sind nur Völkerspitter, die als Rohmaterial zur Verfügung stehen. Das auf solcher Grundlage aufgebaute Herrschaftssystem mußte notwendigerweise zur Ausübung von Gewaltmethoden führen. Demokratie und Gewaltpolitik, auch wenn sich diese vorerst nur gegen die Minderheit der Bevölkerung richtete, sind miteinander unvereinbar; die Demokratie, die das Lausgut der tschechoslowakischen Republik gewesen, mußte weichen, ihre letzte ragende Säule ist das demokratische Wahlrecht, das übrigens beim Versuch, den Sturz der Koalition aufzuhalten, im Herbst des Vorjahres durch eine Wahlreform auch schon untergraben wurde. Trotz aller Gewaltmaßnahmen und reaktionären Gesetze, die den Weg der Koalition bezeichnen, konnte ihr Niedergang nicht aufgehalten werden. Je weniger die Bürgerfriedensidee und die nationale Staatsideologie sich als wirksam erwiesen, die fünf heterogenen Parteien der Koalition dauernd beisammen zu halten und in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen ihr gemeinsames Handeln zu bestimmen, desto unfähiger wurde dieses Koalitionsgebilde, den Staat zu regieren und diese Unfähigkeit ebenso wie der Umstand, daß die durch die Koalition in den Sattel gesetzte Reaktion aus dem tschechischen Volke fühlbar wurde, hat das Ende dieser politisch nationalen Vereinigung herbeigeführt.

Ist es wirklich das Ende? Es gibt niemanden — außer etwa die Kommunisten, die in Ermangelung konkreter Vorstellungen ihre bekannten Phantasien von der Errichtung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ spinnen — der nicht wüßte, daß die Tschechoslowakische Republik infolge der Zersplitterung des Parteiwesens nichts anders als durch Koalitionen regiert werden kann. Aber das, was tschechischer Staatsgedanke genannt wird, läßt keine andere politische Kombinationsmöglichkeit zu, als eben eine rein tschechische Koalition. Diese würde aber, wollte man sie erneuern, über eine zu kleine Mehrheit verfügen und ist innerlich zerlegt, daß auch ihre Neugeburt ihr kein langes Leben geben würde. Es bleibt noch die Hoffnung, die slowakisch-keritale Volkspartei für die Koalition zu gewinnen. Der Kaufpreis, den diese verlangt — Selbstverwaktung der Slowakei — ist jedoch den Prager Herren zu hoch, auch würde der Eintritt dieser Partei in die Regierung das Keritale und reaktionäre Uebergewicht in einem Maße stärken, daß zumindest für die tschechische Sozialdemokratie in der Regierung auf die Dauer keines Bleibens wäre. Die Ruhnieher der allnationalen Koalition wollen diese aber nicht verloren geben; das System der nationalen Vergewaltigung, das die deutsche Arbeiterschaft auch sozial und wirtschaftlich bedrückt, soll, sei es auch mit mechanischen Nachmitteln, aufrechterhalten werden. Eine neuerliche Befragung der Wähler verspricht nach den Erfahrungen der Wahlen im Herbst vorigen Jahres wenig Erfolg. Auch eine direkte Nachahmung russolischer Methoden ist in der Tschechoslowakei nicht gut möglich, doch größer ist

Militäraufstand in Griechenland.

Allgemeine Militärbewegung gegen den Diktator?

Athen, 9. April. (WTB.) Die „Agence d'Athènes“ meldet: Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden amtlichen Bericht über eine unbedeutende Meuterei, die sich in der vergangenen Nacht in Saloniki ereignete.

Die Offiziere Karakufas, Bakirdis und Diaveas wiegelten Teile der Garnison von Saloniki auf und marschierten aus der Stadt nach der Ostseite Allasini. Der Beweggrund der Meuterei ist materieller Art. Die 11. Division umzingelte schnell die Meuterei, die, von der Außenwelt abgeschlossen, durch einen Abgesandten erklärte, daß die Bewegung sich nicht gegen die Regierung, sondern gegen ihre Vorgesetzten richtete und daß sie sich übergeben würden, wenn ihnen versprochen würde, daß diese Vorgesetzten durch andere ersetzt würden.

Die Regierung antwortete, daß sie es ablehne, mit Meutetern zu verhandeln, und stellte ihnen eine Frist, nach deren Ablauf sie mit Waffengewalt auseinandergeprengt werden würden. Man erwartete von einem Augenblick zum anderen ihre bedingungslose Übergabe. Die Flotte begibt sich auf eine heute nacht an sie ergangene Weisung mit voller Geschwindigkeit nach Saloniki.

Telegramme aus allen Städten Mazedoniens, Thraziens und des Epirus, sowie aus dem übrigen Griechenland berichten, daß überall vollkommen Ruhe herrscht.

Eine groß angelegte Aktion?

Belgrad, 9. April. (EP.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten handelt es sich bei der aus Saloniki gemeldeten Militärröölte im Gegensatz zu der offiziellen Mitteilung des Athener Kriegsministeriums keineswegs um einen Akt von lokaler Bedeutung. Aus zahlreichen Städten Thraziens werden ähnliche Vorfälle wie aus Saloniki gemeldet, die den Eindruck erwecken, daß es sich um eine groß angelegte planmäßige Aktion handelt. Allgemein wird vermutet, daß der aus Südslawien heimgekehrte General Plaskas die gegen den Diktator Pangalos gerichtete Bewegung unterstütze.

Wo ist Wahrheit?

III.: Beloborodow ist angeschossen. — WTB.: Ich darf dementieren.

Die III. ergänzt ihre Meldung von dem Moskauer Attentat durch folgenden weiteren Bericht:

Die Sowjetregierung hat den Beschluß gefaßt, das Attentat vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Freitag früh wurde Beloborodow unter starker Polizeischutz nach dem Krankenhaus am

Kremli gebracht, wo er unter persönlicher Aufsicht des Gesundheitskommissars Semalsho behandelt wird. Der Täter ist der 25jährige Student Porjiri Alegejew, der Sohn eines Beamten, der vor der Revolution im Kaiserlich-Loth Jarsloje Selo angestellt war. Alegejew absolvierte 1921 die Peterschule in Leningrad. Er befindet sich jetzt im Gefängnis der Staatspolizei.

Ein WTB.-Dementi.

Moskau, 9. April. (WTB.) Der Vertreter des WTB. ist ermächtigt, die Nachricht von einem Anschlag auf den Kommissar des Innern, Beloborodow, zu dementieren.

Dieses Dementi ist merkwürdig. Die russische Regierung hat ja ihre eigene Depeschenagentur, durch die sie dementieren kann. Warum tut sie es nicht? Und warum nimmt ihr das deutsche WTB. diese Arbeit ab?

Amendolas letzter Wille.

„Sagt wissen, daß ich als Opfer des Faschismus sterbe!“

Paris, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Soz. Pressdienst“ erfährt aus den dem verstorbenen Führer der italienischen Opposition, Amendola, naheliegenden Kreisen, daß der Verstorbene drei Tage vor seinem Tode gegenüber seinen Angehörigen wörtlich erklärt hat: „Wenn mir ein Unglück passieren sollte, so laßt wissen, daß ich als Opfer des Faschismus sterbe.“

Also genau das Gegenteil dessen, was ein Haas-Telegramm am Tage seines Todes verbreitet hatte. Wir hatten zwar aus Gründen der journalistischen Unparteilichkeit diese Haas-Meldung wiedergegeben, jedoch zugleich die stärksten Zweifel an ihrer Wahrheit geäußert.

Neue föderalistische Pläne?

Der Besuch des Reichskanzlers in München.

München, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem bevorstehenden Besuch des Reichskanzlers, des Reichsinnen- und des Reichsfinanzministers in München dürfte es sich, wie an unterrichteter Stelle verlautet, in erster Linie um eine Aussprache über die schwierige Frage des Finanzausgleichs im Zusammenhang mit den Steuernachlässen und der in Bayern beachteten Vereinfachung der Staatsverwaltung handeln. Wenn es nach dem Willen der bayerischen Regierungsstellen geht, wird bei diesem Besuch auch über die Einschränkung der Ausgaben der Reichsverwaltung verhandelt und vor allen Dingen nach einer grundsätzlichen Formel für eine föderative Ausgestaltung der Reichsverwaltung gesucht werden.

Schon die Gefahr eines verschleierten Faschismus, der nach der Praxis der Koalition nicht mehr landfremd ist. Ein Faschismus, der sich gewisser äußerer Formen der Demokratie bedient — das ist nun die große Hoffnung derer, die auf einer Fortsetzung der tschechischen Alleinherrschaft im Staate bestehen und die von den deutschen Sozialdemokraten mit Eifer und Fähigkeit propagierten Gedanken des nationalen Ausgleichs sabotieren.

Die Aufgabe, die sich dieser trodene Faschismus setzen will, besteht darin, durch eine Wahlreform und Wahlkreisgeometrie die Minderheit der Koalitionsparteien — die kleine Mehrheit, über die sie im Parlament verfügen, haben sie nur dem Unrecht des dritten Struktinums zu danken, das ihnen die für die kleinen Parteien abgegebenen Stimmen fast ganz zupricht — in eine Mehrheit zu verwandeln. Nicht in eine Mehrheit der Wähler, sondern der Gewählten. Die Führung hat hierbei die tschechische nationalsozialistische Partei übernommen, die offen in ihrer Presse für eine Revision des Verhältniswahlrechtes eintritt, das den parlamentarisch-demokratischen Einfluß der deutschen Bevölkerung aufs äußerste beschränkt soll. Sie hat bereits mehrfache Vorschläge gemacht, darunter die Beseitigung des Verhältniswahlrechtes, ohne vorläufig die Zustimmung der anderen tschechischen Parteien zu finden, da diese die Schädigung der tschechischen Minderheiten im deutschen Sprachgebiete befürchten, ohne die Gewißheit dabei zu haben, daß die Veränderung des Wahlrechtes das Wunder der Verwandlung der Minderheit der Koalition in eine Mehrheit auch wirklich vollbringen würde. Der neueste Vorschlag der Nationalsozialisten geht dahin, für die deutschen Sprachgebiete drei Wahlkreise mit einer doppelt und dreifach so hohen Wahlzahl, als sie gegenwärtig erforderlich ist, zu schaffen. Die zur Wahl eines Abgeordneten notwendige Wahlzahl beträgt 20 000 bis 30 000 Stimmen, in den deutschen Kreisen soll sie auf 65 000 erhöht werden. Durch diese gegenüber den tschechischen Stimmen um die Hälfte oder gar zwei Drittel herbeigeführte Entwertung der Stimmen der deutschen Wähler versprechen sich die Anreger der Idee einen Zuwachs von über drei Dutzend Abgeordnetenmandaten für die Koalition, die dann, als Minderheit gegen die Mehrheit der Bevölkerung herrschend, ihr sündiges Leben fortführen könnte.

Ob diese Pläne Aussicht auf Verwirklichung haben, ist nach nicht abzuschätzen. Die Entscheidung darüber, ob eine solche oder ähnliche politische Entrechtung der deutschen Wähler möglich ist, hängt in erster Linie von den tschechischen Sozialdemokraten, das ist von der Stärke ihres Widerstandes, ab. Es wäre ein Fehler, die Entschlossenheit der Wahlrechtsverderber zu unterschätzen. Für die Zukunft der gesamten Arbeiterklasse der Tschechoslowakei steht großes auf dem Spiel. Die kleinen Russinnen bei uns geben vor, der Wahlrechtsraub wäre notwendig, um die staatsfeindlichen Aspirationen der Deutschen im Staate zu schwächen. In Wirklichkeit könnte der Abneigung gegen den Staat nichts besser Nahrung zuführen, als die politische Entrechtung der deutschen Minderheit, die in die Hoffnungslosigkeit, auf legalen Wege jemals eine Veränderung ihres Schicksals erzielen zu können, umschlagen müßte. Den Staat und das Zusammenleben seiner Völker kann nur ein Mittel der Befundung zuführen: die Schaffung eines nationalen Ausgleichs. Die tschechischen Sozialdemokraten sollten dies rechtzeitig erkennen und sich mit den deutschen Klassengenossen zur Erfüllung dieser historischen Mission endlich zusammenfinden.

Wann kommt der Volksentscheid?

Erst Kompromiß — dann Volksbegehrendgesetz?

Das Verum des Reichstags tritt am 26. April wieder zusammen. Der Rechtsausschuß nimmt seine Beratungen am 20. April wieder auf. Die Vertreter der Regierungsparteien werden vorher zusammenkommen, um die Möglichkeiten des Fürstenkompromisses zu beraten.

Der Streit um die Staatsoper.

Von Otto Reier, R. d. L.

Der geplante Umbau der Staatsoper hinter den Linden hat unter den Kunstfreunden Berlins eine lebhaftere Diskussion hervorgerufen. In der Presse ist das Für und Wider erwidert worden und es läßt sich nicht bestreiten, daß ein großer Teil der Kunstschaffenden gegen die geplante „Veränderung“ des historischen Knobelsdorff-Baus beachtenswerte Bedenken geäußert hat. Diesen Bedenken hat sich u. a. auch der „Vorwärts“ in einer vor einigen Tagen erschienenen Feuilletonnotiz angeschlossen. In der Pressekommission im Finanzministerium (statisch) und in der Geh. Oberbaurat Fürstena u. den geplanten Umbau erläutert, war es besonders Dr. Max Osborn, der mit rücksichtsloser Schärfe gegen den Umbau Stellung nahm.

Es ist richtig, daß Berlin arm ist an Stadtbildern von historisch-ästhetischem Reiz. Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß ein solches Stadtbild, das sich mitten im Strudel der Weltstadt — in unsere Zeit hineinsetzt, das den Anforderungen unserer modernen Epoche mehr und mehr weichen muß. Dafür ist der Berliner Opernplatz schon in seiner heutigen Gestalt ein sprechender Beweis. Die meisten Kritiker scheinen zu übersehen, daß das jetzige Opernhaus, ursprünglich rechtlich als Rebauwerk gebaut, schon durch den sogenannten Sagnibodenanbau „verschandelt“ worden ist. Aber es handelt sich nicht allein darum, durch die geplante Erweiterung des Bühnenhauses um 6 Meter nach beiden Seiten den Charakter des alten Barockbaues zu erhalten. Diese Frage glaubt der Architekt Fürstena dadurch gelöst zu haben, daß er die Anbauten ganz im Stile von Knobelsdorff halten und das Hauptgesims um das ganze Gebäude herum ziehen will. Eine große Rolle spielt in der jetzigen Diskussion die Tatsache, daß durch den Umbau ein Stück des antiken Portikus der Hedwigskapelle, von den Linden aus gesehen, verdeckt wird.

Diese Bedenken sind vom städtebaulichen, ästhetischen und künstlerischen Gesichtspunkt aus gewiß ungemein wichtig. Aber es fragt sich, ob der geplante Umbau des Opernhauses das Stadtbild des Opernplatzes so grundlegend verändern wird, wie das die Gegner des Bauplanes behaupten. Was dem Platz das ungemessene charakteristische Gepräge gibt, ist die in hellgrüner Pailas schimmernde, lüh geschwungene Kuppel der Hedwigskirche, deren sphärische Linie den Platz beherrscht und den Beschauer fesselt. Wenn irgend etwas geeignet ist, den Gesamteindruck dieses Platzes zu verschandeln, so ist das bereits in ausreichender und nicht wieder gutzumachender Weise geschehen durch die greuliche Aufstellung der Dresdner Bank. Weß spielt eben in unserem Zeitalter die größte Rolle und der moderne Kapitalismus hat genug Mittel, Bedenken in städtebaulicher Beziehung aus dem Wege zu räumen, wenn es seinen Interessen dient. Dafür bieten auch die schauerhaften Bombentaten unter den Linden Ecke Charlottenstraße den besten Beweis.

Aber so wichtig auch alle Gesichtspunkte vom künstlerisch-ästhetischen Gesichtspunkt sein mögen, es fragt sich doch, ob sie wichtig genug sind, daß andere, weit wichtigere Interessen deshalb in den Hintergrund treten müssen. Die Zweckmäßigkeitsgründe für den Umbau sind hier schon erörtert worden. Auch der Vaie dürfte begreifen, daß man in einem modernen Theaterbetrieb mit einer Mechanik, die aus dem Jahre 1840 stammt, nicht mehr auskommt.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, steht man in Regierungskreisen auf dem Standpunkt, daß am zweckmäßigsten erst der Kompromißentwurf der Regierungsparteien, dann erst das Volksbegehren beraten werde.

Es muß gefordert werden, daß alles vernieden wird, was zu einer Verschleppung des Volksentscheids führen könnte. Die Regierung muß sich bei Wiederaufnahme der Arbeiten des Rechtsausschusses nun endlich äußern, ob und aus welchen Gründen sie das Volksbegehrendgesetz für verfassungswidrig hält. Sie darf nicht vergessen, daß die 12 1/2 Millionen Staatsbürger, die das Volksbegehren unterzeichnet haben, eine ernste Mahnung gegen jede Saumseligkeit bedeuten.

Bayern gerettet.

Vor der Rede eines französischen Botschafters.

Nürnberg, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Ortsverein Nürnberg der Deutschen Friedensgesellschaft sollte der Franzose G. G. M. M., Mitglied des Pariser Appellationsgerichtshofes, einen Vortrag über die Ziele der Friedensbewegung halten. Zu dieser Veranstaltung wurden die Mitglieder der Gesellschaft durch Handzettel eingeladen. Als die Nürnberger Polizeidirektion davon erfuhr, verbot sie kurzerhand das Zutreten des französischen Redners. Auf Beschwerde gestattete das bayerische Ministerium des Innern das Verlesen seiner Rede durch ein deutsches Mitglied der Friedensgesellschaft.

Die glücklicherweise abgewendete Gefahr für die königlich bayerische Republik war um so größer, als ja ein französischer Richter hinreichend verdächtig ist, nicht nur ein eidgekretener Republikaner, sondern sogar kein Kaiserkreuzer zu sein.

Die neue Landbunddemagogie.

Sturm der Reaktionäre gegen das Abkommen mit Frankreich

Die Tatsache, daß die deutsche Regierung ihr provisorisches Wirtschaftsabkommen mit Frankreich noch einmal auf drei Monate verlängert hat, gibt der reaktionären Presse Anlaß zu einem hysterischen Zornausbruch gegen die deutsche Reichsregierung. Anstatt sich auch nur von dem Inhalt des Abkommens zu vergewissern, entfaßt man alle Künste niedrigster Demagogie, um wieder einmal von einer Bedrohung der Landwirtschaft zu sprechen. Ganze 27 000 Doppelzentner Gemüse sollen eingeführt werden. Der deutsche Gartenbau wird davon so gut wie gar nicht betroffen, da es sich hauptsächlich um Frühgemüse handelt, die Deutschland ohnehin größtenteils aus dem Auslande bezieht und sonst aus Holland und Italien zu beziehen pflegt, wenn Frankreich als Lieferant nicht in Betracht kommt. Der Gesamtwert der Einfuhr an französischem Frühgemüse wird nach diesem Abkommen wenige Millionen Goldmark betragen, während Deutschland mit Sicherheit darauf rechnen kann, den Gegenwert durch einen steigenden Export an Industriewaren wieder hereinzuholen.

Die Hege des Landbundes ist aber nicht nur dumm, sie ist auch verlogen. Von dem neuen Abkommen mit Frankreich hat nämlich nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft Vorteil. Sollen doch auch wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse bei ihrer Ausfuhr nach Frankreich nicht mehr auf die hohen Zollschranken stoßen wie bisher. Zu diesen Erzeugnissen gehören Käse, Milch, Gemüse, Samen und Kartoffelstärkeerzeugnisse, schließlich auch Holz. Daß die Zugeständnisse Frankreich von Vorteil für die deutsche Landwirtschaft sind, das vermögen natürlich die eingeschworenen Feinde einer positiven Handelspolitik vom Schläge der „Kreuz-Zeitung“ nicht zu erkennen. Man will eben um jeden Preis eine deutsch-französische Verständigung hintertreiben. Ist doch außerdem bekannt, daß bei den Verhandlungen über einen endgültigen Vertrag mit Frankreich neuerdings wieder erhebliche Fortschritte erzielt worden sind. Die provisorischen Wirtschaftsabkommen haben den

Zweck, beiden Ländern die Vorteile eines wenigstens auf enger Basis geregelten Handelsverkehrs zwischen den beiden Staaten auszuprobieren. Die Reaktionäre haben offenbar die allergrößte Sorge, daß dabei Vorteile erkennbar werden. Darum ihre Entrüstung über die Handelspolitik einer Regierung, der man eher allzu große Vorsicht als allzu große Bereitwilligkeit bei Handelsvertragsverhandlungen zupredigen kann.

Die industrielle Arbeiterschaft aber, die im Interesse ihrer Beschäftigung von der Regierung eine vernünftige Handelspolitik fordern muß, wird ihren ganzen Einfluß im Parlament ausbieten müssen, um die reaktionären Quertreibern gegen eine Entspannung der immer noch sehr gespannten Handelsbeziehungen zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Staaten abzuwehren.

Ein völkischer Tugendwächter.

Der Balken im eigenen Auge.

Vor einigen Tagen konnte die Öffentlichkeit davon Kenntnis nehmen, daß einer der beiden wackeren Jecher, die nachts um 1 Uhr in einer Störche am Kurfürstendamm sich lärmend weigerten, die Jache zu zahlen und mit brandgeschwungenem Stuhl auf die herbeigeeilten Schupobeamten losstürmten, der völkische Landtagsabgeordnete Kaiser war.

Inzwischen hat sich dieses ehrenwerte Mitglied des preussischen Parlaments von den schädlichen Wirkungen des Alkohols überzeugt, wenn — ihn andere trinken. Er hat nämlich an die preussische Regierung eine kleine Anfrage gerichtet, die sich mit der Pensionierung des Bürgermeisters Becker in Westfalen beschäftigt. Nach dem Inhalt der Anfrage soll dieser im ganzen 5460 M. Schulden gemacht haben, die dadurch entstanden sein sollen, daß Herr Becker aus der Gemeinde- und aus der Kunststiftung Beschuß bekommen hat. Interessant — besonders vom Standpunkt des Abg. Kaiser — ist indessen die Begründung. Es heißt wörtlich:

In den Wirtschaften soll er besonders große Schulden gemacht haben. Sein sittliches Benehmen hat zu schärfster Kritik in der Bürgererschaft geführt.

Auf alle Fälle ist der völkische Abgeordnete Kaiser die geeignetste Persönlichkeit, sich als Moralprediger über andere auszusprechen. Aber diese kleine Anfrage ist vielleicht entstanden unter den Nachwirkungen jener Gambinusnacht am Kurfürstendamm, die ihn in den Ruf gebracht hat: In den Wirtschaften soll er besonders große Schulden gemacht haben. Sein Benehmen hat zu schärfster Kritik in der Bürgererschaft geführt.

Kothardt.

Seine neueste Rolle.

Der Angeklagte im Prozeß in Magdeburg, der wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert verurteilt wurde, Kothardt, ist in der Druckerei R. Schneider und Sohn in Landsberg (Warthe) als Geschäftsführer eingestellt worden. Er ist als Geschäftsführer bestrahlt, die gewerkschaftlich organisierten Buchdrucker aus dem Betriebe hinauszudrängen und dafür tarifuntreue Gehilfen und Stahlhelmlente einzustellen. Der Mann, der im Magdeburger Prozeß als Werkzeug von Hintermännern erschien, den niemand besondere Intelligenz zutraute, spielt jetzt als Geschäftsführer das Werkzeug der Scharfmacher.

Schändung des Grabes von Hans Leuß. Völkische Kräfte haben am Grabe von Hans Leuß, des ehemaligen medienburgischen Landrats, vier Sandalen gekauft. Die zu Füßen des Grabes gepflanzten Lebensbäume wurden abgehauen, die Stämme von den Säulen gerissen und den Abgang hinunter in die Donnböschung geworfen. — Sämtlich werden die Robliene gefast und ihnen ein ähnlicher Vorkriegsbesuch wie kürzlich den antilemischen Grabwändern in Erfurt.

Bremen eine internationale Macht — vor 100 Jahren. Beim Empfang einer mexikanischen Studienkommission, die Deutschland bereist, in Bremen, erwähnte der mexikanische Kommissionsvorsitzende, daß Bremen „als erste Macht“ vor etwa hundert Jahren die Unabhängigkeit Mexikos anerkannt und den ersten Handelsvertrag mit ihm abgeschlossen habe.

Aber die Hauptrolle ist: der heutige Zustand des Bühnenhauses ist für das gesamte Personal der Oper eine Gefahr für Leib und Leben.

Diese Tatsache ist auch für den Landtag ausschlaggebend gewesen. Ministerialdirektor Reimig vom Kultusministerium lehnte in der Hauptauschussung für den Fall der Nichtbewilligung der für den Umbau erforderlichen Mittel ausdrücklich jede Verantwortung für die Sicherheit des Bühnenpersonals ab. Wer je Gelegenheit gehabt hat, die Zustände im Bühnenhaus der Staatsoper aus eigener Anschauung kennenzulernen, wird sie — gelinde ausgedrückt — als unwürdig bezeichnen müssen. Jeder andere Betrieb wäre behördlicherseits längst geschlossen worden. Hier hält auch nicht das Rezept eines Kritikers, durch Aufführung kleinerer Opern weniger Personal der Gefahr auszusetzen. Es ist gleichgültig, ob durch die vorläufigen Verhältnisse am ersten Kunstinstitut Deutschlands täglich 600 oder nur 60 Solisten, Choristen und Bühnenarbeiter unter gefährlichen und entwürdigenden Umständen arbeiten müssen. Nach Würdigung aller schon erwähnten künstlerischen und ästhetischen Bedenken haben sich fast alle Parteien — mit Ausnahme des Zentrums — dieser Zwangslage gefügt. Wo Menschenleben in Gefahr sind, mußte alles andere zurücktreten.

Von der jetzt gefundenen Lösung ist sicher niemand befriedigt. An die Adresse der Ministerien des Kultus und der Finanzen ist deshalb nochmals mit allem Nachdruck die Aufforderung gerichtet, künftighin nicht so überraschend plötzlich unter der Devise „Menschenleben in Gefahr“ Vorlesungen zur Beratschlagung zu bringen, die bei einigermaßen gutem Willen rechtzeitig eine Würdigung von allen Gesichtspunkten aus sehr wohl getragen können.

Das Weimarer Schloß als Museum. Wer Weimar zu Ostern besucht, kann eine angenehme Ueberraschung erleben: das Schloß und das Schloßchen. Beseher sind in einer Weise zugänglich wie bisher niemals. Der Staat hat die beiden Schloßer, die er in seinen Besitz übernahm, als Sammlungen eingerichtet. Denn die großherzogliche Familie hat das Mobiliar zum allergrößten Teile herausgenommen, und so war eine völlige Umordnung der Weimarer Kunstsammlungen nötig. Das Stadtschloß wurde das Hauptmuseum Weimars für die gesamte ältere Kunst, das frühere großherzogliche Museum nahm die neuere Kunst auf, und nach Beiseitern kam das Kunstgewerbe des 18. Jahrhunderts.

Das Geheimnis der kanadischen Platinlager. In den Nordwestterritorien Kanadas hat ein „Kennen“ mit Hundeschritten und Schneeschuhen nach dem Gebiet des „Stamensflusses“ begonnen, nachdem kürzlich von dort die Entdeckung riesiger Platinlager gemeldet wurde. Kanadische Blätter erinnern aus diesem Anlaß daran, daß Gerichte von diesen Schätzen im hohen Norden bereits seit vielen Jahren im Umlauf sind. Vor etwa 20 Jahren kam ein Indianer nach Fort Smith, der aus seinen Jagdgründen ein Stück Erz mitbrachte, das sich bei Prüfung als Platin erwies. Keine Beschwörungen und Bitten konnten ihn aber dazu bewegen, anzugeben, woher dieser Fund stammte, denn er wünschte augenscheinlich nicht, daß eine Horde von verrückten Weibern in sein Jagdgebiet eindringe und schüttelte daher auf alle Fragen nur den Kopf. Ein weißer

Trapper namens Lee brach daraufhin nach dieser unbekanntem Gebieten auf, um das Platinlager selbst zu finden. Man hat ihn niemals wiedergesehen und keine Spur von ihm gefunden, bis vor etwa zwei Jahren, als wandernde Indianer gegen einen Felsen am Ufer eines Sees eine verrostete Hülse fanden. In Fort Smith wurde die Hülse als die von Lee wiedererkannt, und man fand auch auf dem verfallenen Kolben die Buchstaben „G. L.“ für George Lee. Der Indianer, der das erste Stück Platin brachte, ist seit langem gestorben, und so war das Geheimnis gut gehütet, bis vor kurzem ein Mann das Platinlager in der Wildnis wieder fand und davon berichtete.

Lerne reden ohne zu sprechen! Der englische Sprachforscher Sir Richard Paget hielt kürzlich in London einen Vortrag über die Physiologie der Sprache, wobei er mit Hilfe eines Blasebalges und einer Röhre — die Zunge und Röhre darstellten — und durch veränderte Haltung der Hände und Finger, die ihrerseits Zunge und Lippen verteilten mußten, vollständige Sätze herbeizubereiten. Die Versammlung meinte zunächst, einen geschickten Bauchredner zu hören. Weiterhin brachte Paget mit seinem Blasebalg- und Röhrensystem und einigen Kautschukmodellen korporellische Vokalstufen hervor. Er konnte auf die Weise, ebenso wie unter bloßer Zuhilfenahme der Hände deutlich verständliche Sätze bilden, wie etwa: „Hallo, ist dort London?“ oder „Willst du mich lieben?“ Paget verfolgte mit diesen Demonstrationen die Absicht, eine intensivere Beziehung der Geberdensprache, der „Sprechfähigkeit“ der Hände anzugehen. Er behauptet — und anscheinend mit Recht — daß bei uns die Geberdensprache auf einem unglücklich tiefen Niveau stehe. Es gebe tatsächlich eine Geberdensprache, die in aller Welt von allen primitiven Völkern verstanden werde. So könne sich beispielsweise ein Chinese mit einem Rufen oder einem südamerikanischen Indianer mittels dieser Geberdensprache mühelos verständigen. Paget glaubt, daß man sich bei zielbewusstem Ausbau dieser Verständigungsmethode mit ihr regelrecht werde unterhalten können. Zum Beweis dafür führte er die Tatsache an, daß es in Südamerika etwa 1000, teilweise fundamental voneinander verschiedene indische Idiome gebe, und doch könnten sich die Angehörigen der verschiedensten Stämme in der vollkommensten Weise durch bloße Gebarden verständigen. Paget ist überzeugt davon, daß die gesprochene Sprache sich überhaupt aus den reflektorischen Bewegungen und Mimiken der Geberdensprache entwickelt habe, eine These, die ja allerdings einigermaßen ansehbar ist. Paget hat Pagets Geberdensprache praktisch einen unerschöpflichen Wert für Stumme, deren Los er durch weiteren Ausbau seiner Methode wesentlich erleichtern zu können hofft.

Die Staatliche Kunstakademie in Kassel bezieht in diesem Jahre ihr 100-jähriges Jubiläum. Eine große Jubiläumskausstellung ist dafür geplant, auch das Kunstgewerbe wird sich beteiligen. Die Ausstellung soll das Wirken der Akademie in diesen anderthalb Jahrhunderten und überhaupt die Kunst des 19. Jahrhunderts zeigen.

Der 10. Kongreß der russischen Chirurgen findet in Moskau vom 27. bis 30. Mai der 1. Kongreß der Baltica-Kräfte zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 11. bis 15. September in Kelen statt. Rühre Auskünfte über die Kongresse werden erteilt durch die Sekretariate des Gesundheitsministeriums für Gesundheitswesen in Berlin NW 7, unter den Linden 68 a.

Abwehr einer Beschimpfung Höfles.
Rufmann schändet vor Gericht ungerügt den toten Höfle.
 Wir erhalten folgende Zuschrift:
 Den Bericht der Berliner Abendpresse vom 7. April 1926 über den Prozeß Rufmann-Anoll entnehme ich folgende Äußerungen des Assessors Rufmann:

„Ich habe dann Höfle vernommen und schon nach einer Stunde der Vernennung war mir klar, daß hier der größte Verbrecher stand, den die Kriminalgeschichte kennt. Ich logte mir gleich, dieser Reich hat mehrere Jahre Zuchthaus zu erwarten.“
 Aus dem Bericht geht nicht hervor, daß diese Behauptungen des Angeklagten Rufmann vom Gericht oder von den Anklagevertretern zurückgewiesen worden sind. So steht man der Tatsache gegenüber, daß ein unter schwerer Anklage stehender Beamter des Justizdienstes ungerügt die ehrenrührigsten Werturteile über einen Toten fällen darf.

Als gesetzlich bestellter Beistand der Witwe Anton Höfles habe ich die Pflicht, vor aller Öffentlichkeit sowohl gegen die beschimpfenden Äußerungen des Angeklagten Rufmann wie auch gegen die anscheinende Passivität der amtierenden Vertreter der Justizbehörde schärfste Verwahrung einzulegen. An sich könnte man über die Werturteile eines Herrn Rufmann abschließend hinweggehen, nachdem die öffentliche Meinung sich auf Grund der soßam bekannten Tatsachen seines Auftretens vor dem Untersuchungsamt und endlich seines soßamen Prozesses mit jenem Referendar über die Qualifiziertheit des Herrn Rufmann, Richter über andere zu spielen, längst ihr eigenes Urteil gebildet hat. Indessen zwingt mich die Tatsache, daß die Vertreter der Justizbehörde im Gerichtssaal geschwiegen haben, darauf hinzuweisen, daß mir das Preussische Justizministerium erst kürzlich ausdrücklich zugesichert hatte, daß „es Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei, dafür einzutreten, daß eine einseitige Bewertung des Ergebnisses der Untersuchung zu Ungunsten des Verstorbenen vermieden werde.“ In diesem Fall handelt es sich nicht einmal um ein Untersuchungsergebnis, sondern nur um die leichtfertige Redensart eines Mannes, der zwar die Seele der Untersuchung gewesen ist, aber die Eignung zu jenen Handlungen mißbraucht hat, die ihn auf die Anklagebank geführt haben. Umso mehr wäre es die Pflicht des Gerichtes und der Anklagevertreter gewesen, die Beschimpfung eines mehrfachen Toten zurückzuweisen.

In dem ganzen Jahre seit dem Abschluß der Höfle-Tragödie habe ich im Einverständnis mit Frau Dr. Höfle trotz der vielen nach dem Tode erfolgten Angriffe in deutschen Zeitungen es vermieden, auf diese durch dokumentarische Belege zu widerlegenden unwahren Anschuldigungen zu antworten. Auch von den zahlreichen Beteiligungsgebungen „nach dem Tode Höfles, die zum Teil von hervorragenden Persönlichkeiten aus allen Parteigruppen stammen und die übereinstimmend die Lauterkeit des Verstorbenen attestieren, habe ich bisher keinen öffentlichen Gebrauch gemacht. Es genügt wohl, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß der jetzige Reichsjustizminister Dr. Wilhelm Marx auf dem letzten Parteitag der Zentrumsparlei in Kassel, als er der Toten der Partei gedachte, ausdrücklich Anton Höfle einen der Besten der Zentrumsparlei nannte und von ihm als von „dem Ranne mit dem goldenen Herzen“ sprach.

Gegenüber diesem Werturteil des Herrn Reichsjustizministers Dr. Marx bedeutet die Beschimpfung des Herrn Rufmann, der „von dem größten Verbrecher der Kriminalgeschichte“ sprach, gar nichts.

Gerade in diesen Tagen jährt sich die Zeit der Agonie des früheren Reichsjustizministers im Raub der Untersuchungsanstalt, die nach dem ausdrücklichen Urteil des Preussischen Untersuchungsausschusses kein Ruhmesblatt für die Herren der Staatsanwaltschaft darstellt. Um so mehr wäre es Pflicht der unbeteiligten Teile der Staatsanwaltschaft dafür zu sorgen, daß die belasteten Teile keinen weiteren Unflug, insbesondere mit dem Andenken von Toten treiben.

Berlin, den 9. April 1926.
 gez. A. Hermes,
 als gesetzlich bestellter Beistand der Frau Dr. Höfle.

Malvys Rücktritt.
Verschärfung der innerpolitischen Lage.

Paris, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Gerüchte, das Malvo eine Demission geben würde, nahmen seit dem in der Kammer erfolgten Ohnmachtsanfall kein Ende. In Wirklichkeit wäre es doch nicht dazu gekommen, wenn nicht selbst Briand der Demission Vorschlag geleistet hätte. So sehr Malvo unmittelbar nach den Zwischenfällen in der Kammer entschlossen schien, aus der Regierung auszutreten, so wenig hätte er diese Absicht aufrechterhalten, wenn er den Eindruck gehabt hätte, daß Briand unbedingt auf sein Verbleiben Wert legen wird. Wenn gegenwärtig in mehreren Berliner Blättern gelogt wird, daß der Abgang Malvys auf eine direkte Intervention Herriots zurückzuführen sei, der auf diese Weise dem Kabinett Briand Schwierigkeiten und dessen Sturz bei dem Wiederauftritt der Kammer vorbereiten wolle, so stimmt das keineswegs mit den Tatsachen überein.

Der Kammerpräsident Herriot und seine engsten Freunde haben im Gegenteil eher auf Malvo einen Druck ausgeübt, um ihn zum Bleiben zu bewegen. Aber während der Ostertage kam es zu einem bisher ziemlich unbekannt gebliebenen Zwischenfall, der den Innenminister wohl endgültig bestimmte, auf seiner Demissionsabsicht zu beharren. Als Malvo aus seinen etwas erzwungenen „Reten“ im Süden unverhofft und ohne daß es die Öffentlichkeit jemals erfahren hätte, nach Paris zurückkam, wollte er von dem Ministerpräsidenten empfangen werden. Aus der Tatsache, daß Briand für eine sofortige Audienz keine Zeit fand, hat Malvo geschlossen, daß der Ministerpräsident seine allgemeinen politischen Aufgaben erledigt sehen würde, wenn er abginge. Da Malvo außerdem sich durch die Tatsache, daß bei der Schlußabstimmung über die Finanzprojekte sowohl die radikalsozialen als die sozialistische Fraktion sich spalteten, in der Überzeugung gestärkt fühlte, daß die Gesamtpolitik des Kabinetts auf die Dauer mit seinen Auffassungen nicht in vollen Einklang zu bringen sei, hat er allem Drängen einer Reihe seiner Freunde zum Trost seinen Demissionsbrief geschrieben.

Selbstverständlich erzählt die innerpolitische Lage dadurch eine Verschärfung. Die dem gegenwärtigen Kabinett untreulich gestimmten oder direkt feindsicheren Elemente auf der Linken werden, Zugang erfahren schon deshalb, weil die gesamte reaktionär-nationalistische Presse den Abgang Malvys als einen Triumph feiert. Allerdings betont der „Temps“ am Freitagabend, daß die Demission Malvys nur dann ihren vollen Wert erhalte, wenn sie auch einen Umschwung in der gesamtpolitischen Richtung der Regierung bedeute. Daß ein anderer radikalsozialer, der bisherige Ackerbauminister, Senator Jean Durand, ins Innenministerium einzutreten wird, scheint den „Temps“ nicht von vornherein zu sprechen.

Unternehmermethoden der Reichsbahn
Wie ehrliche Beamte ums Recht kämpfen müssen.

Die Reichsbahngesellschaft hat auf den Vorwurf, daß sie ehrliche Angestellte, die die Betrugsfälle im Direktionsbezirk Osten angezeigt haben, entlassen habe, mit Herabwürdigung dieser Angestellten geantwortet, so in den Fällen Göhler und Karge. Ueber den Fall Sprengholz hat sie geschwiegen.

Der Kanzleibeamte Georg Sprengholz wurde am 8. September 1924 entlassen. Er erzeute sich bis dahin großen Ansehens und hatte eine Reihe von Ehrenämtern inne, die ihm Einfluß in die Vorkommnisse gewährt hatten. Er erhielt bei seiner Entlassung ein Zeugnis, das tatsächliche Unrichtigkeiten enthielt und den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprach. Es enthielt folgenden Satz:
 „Seine Führung war bis auf den Fall, der zur Entlassung führte, zufriedenstellend.“

Das Zeugnis ist mit diesem Satz ausgestattet worden, obwohl der verantwortliche Beamte auf die Ungeklärtheit aufmerksam gemacht worden war. Der gleiche Satz ist einem Betriebsassistenten ins Zeugnis geschrieben worden, der wegen Unterschlagung und Betrug entlassen und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Sprengholz hat sich aber keinerlei Verfehlungen zuschulden kommen lassen.

Dieser Satz machte Sprengholz die Gründung einer neuen Existenz fast unmöglich. Ein Frankfurter Unternehmer, der ihn als Geschäftsführer engagieren wollte, sah am Tage des Vertragsabschlusses davon ab. Zur Begründung führte er an, er habe sich bei der Reichsbahndirektion Osten über Sprengholz erkundigt und die Auskunft erhalten, es sei gegen die Arbeit und die Vertrauenswürdigkeit von Sprengholz nichts einzuwenden, sobald er aber Sprengholz als Geschäftsführer in Frankfurt an der Oder beschäftige, werde er keine Arbeiten mehr von der Eisenbahnverwaltung erhalten.

Eine andere Firma schrieb Sprengholz, daß er nur dieses Zeugnis wegen nicht angestellt werde. Sprengholz wollte nun gegen die Reichsbahndirektion Osten Klage führen auf unrechtmäßige Entlassung, Neuausstellung eines rechtlichen Zeugnisses sowie Schadenersatz. Da er stellunglos und ohne jedes Einkommen ist, beantragte er beim Landgericht Frankfurt a. d. O. Bewilligung des Armenrechts. Er erhielt folgende Antwort:
 5. As. 100/25.

Beschluß.
 In Sachen Sprengholz gegen Reichsbahn.
 Der Antrag des Vertreters Sprengholz vom 21. Oktober 1925 auf Armenrechtsbewilligung wird wegen Ausichtslosigkeit der Rechtsverfolgung abgelehnt. Die Reichsbahngesellschaft

Benigtens gibt er sich den Anschein, als ob nun die Idee einer Reglerung der „heiligen Einheit“ auf dem Vormarsche sei.

Um so härter wird das Echo ausfallen im Lager der Linken, und die Debatte über den Abgang Malvys, die wohl sofort bei dem Wiederauftritt der Kammer stattfinden wird, könnte für das Kabinett Briand gefährlich werden, wenn es dem neuen Innenminister nicht gelingt, durch sein Versprechen, das Kreiswahlrecht (Einmännerwahlkreise) scheinbar wieder einzuführen und sogar die Vertrauensfrage bei dieser Gelegenheit zu stellen, die radikalsozialen Fraktion in ihrer Gesamtheit für die Regierung zu gewinnen. Darüber ist sich natürlich Briand klar. Deshalb hat er auch den neuen Innenminister Durand ermächtigt, sofort eine Erklärung abzugeben über die Notwendigkeit der Wiedereinführung des Kreiswahlrechts. Im Ministerrat, der am Freitag morgen stattfand, ist im übrigen beschlossen worden, auf den Brief Malvys mit einem Dankeschreiben zu antworten. Diese Beschlüsse sind nicht genügen, um die Linke zu beruhigen. Was den Nachfolger Durands im Ackerbauministerium betrifft, so wird die endgültige Wahl erst am Sonnabend früh getroffen werden. Man spricht am meisten von dem radikalsozialen Vorsitzenden der Ackerbaukommission, Victor Horet. Aber es scheint, daß die gemäßigten radikalen Linke einen der ihrigen ernannt sehen möchte, so daß auch der Ernennung des neuen Ackerbauministers eine politische Bedeutung zukommt.

War die Existenz des Kabinetts Briand nach den mehrmaligen inneren Umgestaltungen, die es erfahren hat, schon vor dem Abgang Malvys nicht ungefährdet, so erscheint sie jetzt noch unsicherer. Was die sozialistische Fraktion betrifft, deren große Mehrheit sich bei den jüngsten Abstimmungen enthalten hat, um keine neue Krise hervorzurufen, so wird sie sich in ihrer Haltung zwar nicht allein durch den Abgang Malvys bestimmen lassen, aber ihr sowieso schon mäßiges Vertrauen zur inneren Politik der gegenwärtigen Regierung wird sicherlich dadurch erhöht werden.

Der holländische Parteitag.
Genri Polak Parteivorstand. — Das Verhältnis zur Gewerkschaft.

Amsterdam, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Rotterdammer Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat den Genossen Henri Polak an Stelle des zurückgetretenen Genossen Bliegen zum Parteivorstand gewählt. Polak ist Vorsitzender des Diamantenarbeiterverbandes und eines der ältesten Mitglieder der Partei, zu deren Mitbegründern er gehört.

Einen großen Teil der Beratungen des Parteitages nahm die Aussprache über sieben Leitsätze zur Reform der Arbeiterbewegung ein, durch die Genosse Stenhuis, der erste Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, eine Verschmelzung von Partei und Gewerkschaften zu einer einheitlichen politischen Kampfgemeinschaft herbeiführen will. Zur Begründung erklärte er, daß die Gewerkschaftsbewegung sich unbedingt auch politisch orientieren müsse; der Sozialismus wäre Utopie, wenn man die Gewerkschaftsbewegung nicht misprechen ließe. Genosse Bliegen lehnte namens des Parteivorstandes die Forderungen von Stenhuis entschieden ab. Er unterstrich den demokratischen Grundgedanken der Partei, der in einem demokratischen Lande keinen Gegensatz zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion dulde. Auch Genosse Bräutigam wies als Gewerkschafter die Forderung von Stenhuis zurück, ebenso wandte sich Genosse Albarde scharf gegen die Auffassung Stenhuis'. Der Parteitag stellte sich hinter den Parteivorstand und lehnte die Forderung Stenhuis' ab.

Kronprinzenerückkehr nach Bukarest. Prinz Carol von Rumänien ist am Donnerstag in einem Budapest Hotel abgestiegen. Er kam im Automobil aus Wizza über Wien und ließ sich als Privatier beim al Radu anmelden. Freitag ist er nach Rumänien weitergefahren.

schaft konnte den bei ihr als Eisenbahnaushelfer beschäftigten Gesuchsteller jederzeit nach Kündigung entlassen. Daß die Ausstellung des Dienstentlassungszeugnisses und dessen Inhalt zu Unrecht erfolgt und daß dadurch der Schaden entstanden ist, hat der Antragsteller nicht substantiiert dargetan.

Frankfurt (Oder), den 23. Oktober 1925.
 Landgericht, Zivilkammer 4.
 gez. Rühle Rühle Rippe.
 Ausgefertigt
 Frankfurt (Oder), den 26. Oktober 1925.
 (Siegel) gez. Scheiding, Kanzleifretär.

Sprengholz beschwerte sich über die Ausstellung eines ungesetzlichen Zeugnisses bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Er erhielt folgenden ablehnenden Bescheid:
 Deutsche Reichsbahngesellschaft
 Hauptverwaltung
 51. 240. Nr. 2261/25.
 Berlin, den 10. November 1925.

An Herrn Georg Sprengholz, Berlin.
 Betrifft: Beschwerde gegen die Reichsbahndirektion Osten in Frankfurt (Oder).

Auf die Schreiben vom 31. August und 9. September 1925.
 Was Ihre Beschwerde gegen die Föhlung des Ihnen von der Reichsbahndirektion Osten ausgestellten Zeugnisses anlangt, so haben wir keine Veranlassung gefunden, die Ihnen in bezug hierauf von der Reichsbahndirektion Osten erteilten Bescheide zu beanstanden.

Die von Ihnen beantragte Untersuchung erübrigt sich, da die gleiche Angelegenheit bereits den Gegenstand eines Strafverfahrens bildet.
 Deutsche Reichsbahngesellschaft, Hauptverwaltung,
 J. A. gez. Osthoff.

Gegenwärtig schwebt eine Beschwerde beim Kammergericht über die Ablehnung der Klage durch das Landgericht Frankfurt a. d. O. Sprengholz ist stellunglos und fällt Verwandten und der Erwerbslosenfürsorge zur Last. Die Behandlung des Falles Sprengholz durch die Hauptverwaltung der Reichsbahn wirkt ein sehr merkwürdiges Licht auf die Erledigung von Personalangelegenheiten bei der Reichsbahn. Glaubt man, daß die Reichsbahn auch in solchem Falle sich über die Befehle hinwegsetzen könne?

Hat die Hauptverwaltung in ihren Erklärungen über den Fall Sprengholz aus Schuldgefühl geschwiegen?
 Die Hauptverwaltung der Reichsbahn wird nicht umhin können, sich zum Falle Sprengholz zu äußern.

Verhandlungen mit Abd el Krim stehen bevor
Frankreich hat keine Bevollmächtigten ernannt. — Spanien noch nicht.

Paris, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an den Kabinettsrat am Freitag, der sich unter anderem auch mit dem augenblicklichen Stand der Marokkofrage beschäftigt hat, hat der Kriegsminister Painlevé den Vertretern der Presse folgende Erklärung gegeben: Die Eröffnung der Verhandlungen mit dem Abd el Krim steht unmittelbar bevor, und er habe die feste Hoffnung, daß sie zu einem Abschluß führen würden. Als Ort der Verhandlungen sei nicht, wie ursprünglich angegeben, Tanger, sondern Ujda, an der algerisch-marokkanischen Grenze, in Aussicht genommen. Spanien habe seine Bevollmächtigten noch nicht ernannt; Frankreich dagegen habe, ebenso wie Abd el Krim, bereits seine Vertreter bestimmt. Sobald Spanien seine Abgesandten ernannt habe, würden sich diese nach Paris begeben, um sich vor der Reise nach Marokko mit den französischen Bevollmächtigten über ein gemeinsames Verhalten in den Verhandlungen ins Einvernehmen zu setzen. Der Ministerpräsident Briand fügte hinzu, daß der bereits seit einiger Zeit zwischen Paris und Madrid geführte Meinungsaustausch über die bevorstehenden Friedensverhandlungen in voller Uebereinstimmung fortgeführt werde.

Paris, 9. April. (W.Z.) Nach einer Mitteilung der Agentur Haas werden die Friedensverhandlungen in Ujda Mitte kommender Woche beginnen.

Sowjetjustiz gegen Zarenbeamte.
Rache an früheren Revolutionsbekämpfern.

Vor den Sowjetgerichten haben sich immer wieder Beamte der ehemaligen Zarenregierung zu verantworten, die während ihrer früheren Amtstätigkeit gegen die damalige revolutionäre Bewegung vorgegangen sind. Es handelt sich dabei in erster Linie um Polizeibeamte und Gefängnisverwalter, in einzelnen Fällen auch um ehemalige Offiziere. In vielen Fällen ist es diesen früheren Staatsbeamten gelungen, unter angenommenen Namen sich zu verbergen. Nicht selten haben sie aber auch unter Verheimlichung ihrer früheren amtlichen Stellung sich Anstellungen bei den Sowjetbehörden zu verschaffen gewußt. Da nur viele Personen, die während der Zarenzeit wegen revolutionärer Umtriebe eingekerkert waren, im heutigen Sowjetstaat eine bedeutende Rolle spielen, so verstehen diese nicht, die Sowjetpolizei auf alle die ehemaligen zarischen Gefängniswärter usw. aufmerksam zu machen, die der Zufall ihnen jetzt entgegenführt. Prozesse dieser Art enden fast immer mit sehr strengen Verurteilungen. Dieser Tage entbedte die Sowjetpolizei in der Stellung eines Kammerleiters in einer Sowjetbehörde einen gewissen Scherschewitsch, der 1905 bei der Unterdrückung des damaligen Aufstandes als zarischer Polizeioffizier eine bedeutende Rolle gespielt hat. Ihm wird jetzt der Prozeß gemacht werden.

Es wäre nur Gerechtigkeit, wenn die Verüber außergerichtlicher Rohheiten gegen wehrlose Gefangene und unbewaffnete Demonstranten nach zu ihrer Strafe kämen. Aber der Sowjetewalt, die selbst das tyrannischste Regiment gegen Andersdenkende führt, die an Unterdrückung der Meinungsfreiheit selbst das zarische Rußland noch übertrifft, steht das moralische Recht nicht zur Seite. Tschaka verfolgt Ochirana, Schlüßelburgsdäde sitzen im Subjantagefängnis, Arrestantenpeinigern von Kara kommen vielleicht in die Gasmüste von Solowjeßk — eine bittere Bestätigung jenes skeptischen Franzosenwortes: „Je mehr es wechselt, desto mehr ist es dieselbe Sache!“ . . .

Beschluß der englischen Bergarbeiterkonferenz.

Gegen Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung.

Im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts“ haben wir über den Konflikt im englischen Bergbau bereits eine eingehende Darstellung des Sekretärs der Bergarbeiterinternationale wiedergegeben. Die jetzigen Vorgänge, die durch den bevorstehenden Vorfall der Subvention der Bergwerksbesitzer in Fluß gekommen sind, sind für den deutschen Bergbau und damit auch für die deutschen Bergarbeiter von wesentlicher Bedeutung. Dank der Subventionen waren die englischen Bergbauunternehmer in der Lage, ihre Kohlen zu niedrigen Preisen im Auslande, vor allem auch in Deutschland, abzusetzen und so durch Schmuckonturrenz die deutsche Kohlenindustrie noch mehr zu lähmen als sie ohnehin gelähmt ist. Die Unternehmer suchen sich für den Wegfall der Subventionen an den Arbeitern schadlos zu halten, indem sie von ihnen fordern, im Interesse der Fortführung der bisherigen Preisunterbietung länger zu arbeiten und obendrein natürlich zu niedrigeren Löhnen.

Wie aus dem folgenden Beschluß der gestrigen Delegiertenkonferenz der englischen Bergarbeiter hervorgeht, suchen sie den Ausbruch des Konflikts möglichst zu vermeiden oder doch zu verschieben. Die Konferenz überläßt die Entscheidung den Bergarbeitern der einzelnen Distrikte, deren erste am nächsten Donnerstag für Südwales in Cardiff getroffen wird, jedoch mit der direkten Empfehlung, jede Verlängerung der Arbeitszeit und jegliche Lohnkürzung abzulehnen. Ob bei den weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern nach dieser Direktive es noch zu einer Verständigung kommt, ist mindestens zweifelhaft. Gelingt eine Einigung jedoch nicht, dann bedeutet dies den Beginn eines Riesenkampfes im englischen Bergbau. So wenig die englischen Bergarbeiter sich zur Schmuckonturrenz gegen ihre Kameraden in Deutschland, Frankreich und Belgien hergeben, ebensowenig werden im Ernstfalle die Bergarbeiter dieser Länder die Hand dazu bieten, aus dem etwaigen Kampfe der englischen Bergarbeiter Vorteile zu ziehen. Ist der Kampf unvermeidlich, werden die englischen Bergarbeiter der tatkräftigen Unterstützung ihrer ausländischen Kameraden sicher sein.

London, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Die von 156 Delegierten beschickte Konferenz der englischen Bergarbeiter hat am Freitag auf Vorschlag der Exekutive keine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Kohlenberichts getroffen. Dagegen nahm die Konferenz einstimmig eine Entschlieung an, die sich gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die von den Unternehmern geforderte Zerstückelung des nationalen Lohnabkommens und gegen eine Herabsetzung der Löhne ausspricht. Diese Entschlieung wird nunmehr den einzelnen Bezirken zu sofortiger Entscheidung in einer Abstimmung vorgelegt.

Die Entschlieung bedeutet zwar infolge der Weigerung, irgendeine Lohnkürzung anzunehmen, eine Verwerfung des wesentlichen Punktes des Kohlenberichts und damit eine ernste Verschärfung der Lage, schließt aber keineswegs die Türe für weitere Verhandlungen. Dies geht auch daraus hervor, daß der Bergarbeiterverband unmittelbar nach Abschluß der Konferenz an die Unternehmer mit der Einladung herangetreten ist, zur Fortsetzung gemeinsamer Besprechungen so bald wie möglich wieder zusammenzutreten. Der Zweck dieser Besprechung ist, die Unklarheiten in der Formulierung der Stellungnahme der Unternehmer zum Kohlenbericht und die dadurch geschaffenen Mißverständnisse aufzuklären. Die Lage kann im allgemeinen noch immer als im Stadium des Wandröckens der Parteien um ihre Stellung gekennzeichnet, aber als ernstes Moment die Tatsache bezeichnet werden, daß selbst im Falle einer günstigen Entwicklung die bis Monatsende verbleibende Zeit zur Lösung der Krise im englischen Bergbau als ungenügend empfunden wird.

Den Bergarbeitern der einzelnen Distrikte ist die Annahme folgender Punkte empfohlen worden:

1. Einer Verlängerung der Arbeitszeit wird nicht zugestimmt;
2. grundsätzlich bleibt das Lohnabkommen nebst den nationalen Minimalzuschlägen aufrechterhalten;
3. die Bergarbeiter können einer Herabsetzung der Löhne nicht zustimmen. Die endgültige Entscheidung soll nach der Entschlieung in den Distrikten einer weiteren Delegiertenkonferenz vorbehalten bleiben.

London, 9. April. (M.T.B.) Die Reuter meldet, äußerte man sich in den britischen Ministerkreisen mit Befriedigung über die von der englischen Bergarbeiterkonferenz gefassten Beschlüsse, die von der Mäßigung Zeugnis ablegten, mit der die britischen Gewerkschaftsführer das Problem angefaßt hätten. Die Reuter weiter erfährt, ist es nicht wahrscheinlich, daß der Premierminister, der sich ständig über die Entwicklung der Lage auf dem laufenden halten läßt, intervenieren wird, solange greifbare Aussichten für eine Einigung bestehen.

„Praktische Erwerbslosenfürsorge“.

Uns wird geschrieben:

Vor einiger Zeit brachten die Berliner Zeitungen eine Berichterstattung, welche die Vorzüge der „ausblühenden Gartenstadt“ Neuenhagen (Ostbahn) hervorhob. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß der Ort frei von Fabriken sei, dafür aber infolge der benachbarten Hoppegartener Rennbahn und der Trainierbahnen eine Reihe angelegener weltbekannter Trainingsanstalten beherberge. Die Besitzer versteuerten ein mehrfaches Ministergehalt, und da auch eine große Zahl Berliner Fabrikbesitzer und Großkaufleute sich in Neuenhagen angesiedelt haben, so sei auch die finanzielle Lage der Gemeinde gut und die Steuern geringer als in vielen Berliner Vororten.

Um die finanzielle Lage der Gemeinde nun noch zu verbessern, ist der Gemeindevorsteher auf die Idee gekommen, die Gemeindearbeiten möglichst ohne Entschädigung als „Pflichtarbeit“ von den Arbeitslosen leisten zu lassen. Neuenhagen hat zurzeit etwa 70 unterstützungsberechtigte Arbeitslose. Es sind dies in der Hauptsache Industriearbeiter und -arbeiterinnen sowie kaufmännisches Personal, die früher in Berlin tätig waren. Da der Neuenhagener Arbeitsnachweis keinerlei Möglichkeit hat, derartige Arbeitslose am Orte unterzubringen, so sind diese bei den betreffenden Berliner Facharbeitsnachweisen eingetragen und werden auch dort durch Stempellisten kontrolliert, müssen also hierzu regelmäßig nach Berlin fahren, abgesehen von den Fahrten, wenn sie Zweck Erlangung einer neuen Stelle sich bei den einschlägigen Firmen vorstellen wollen. Durch diese „Reiselastigkeit“ treten auch im Gegenzug zu Berlin, im Strahlenbild von Neuenhagen die Arbeitslosen nicht in Erscheinung.

Dies soll jetzt anders werden. Der Herr Gemeindevorsteher hat angedeutet, daß jeder Unterstützungsempfänger in jeder Woche an zwei Tagen von 8 Uhr morgens bis 15 Uhr nachmittags für die Gemeinde gratis als „Pflichtarbeiter“ arbeiten muß, im anderen Falle wird für die betreffende Woche keine Unterstützung gezahlt. Diese Anordnung hat natürlich unter den Arbeitslosen, die bisher die in jetziger Zeit gerade dringlichen Arbeiten in ihrem Pachtland oder kleinem Eigentum erledigen konnten, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Viele, die täglich vormittags zum Facharbeitsnachweis in Berlin müssen und dann nachmittags eventuell nochmals zum Vorstellen hereinfahren müssen, ziehen diese Tätigkeit zur Erlangung einer neuen Stelle vor, selbst bei Verlust der ganzen Erwerbslosenunterstützung.

Bei diesem sehr fein erdachten System der Pflichtarbeit ergibt sich die Tatsache, daß ein arbeitsloser Gemeindevorsteher dieselbe Arbeit, mit der er früher seinen Lebensunterhalt verdiente, jetzt als unbezahlte Pflichtarbeit leisten muß. Ist das nicht praktische Erwerbslosenfürsorge? Wir glauben, daß die vorgelegte Behörde schnellstens diese eigenartigen Sparmaßnahmen des Gemeindevor-

stehers von Neuenhagen (Ostbahn) einer Nachprüfung unterziehen und veranlassen muß, daß die bisher den Vorweigerern der „Pflichtarbeit“ vorenthaltenen Unterstützungsbeträge sofort nachgezahlt werden.

Tarifvertrag für Flugzeugführer.

(D.F.) Für die Flugzeugführer der Deutschen Luft-Hansa ist vor kurzem ein Tarifvertrag zustande gekommen, der die Gehälter wie folgt regelt: Grundgehälter bei einer Flugstrecke

Bis 40 000 Kilometer	monatlich 275 M.
von 40 000 bis 65 000 Kilometer	300
65 000 - 90 000	330
90 000 - 120 000	360
über 120 000 Kilometer	410

Beibratete erhalten als monatliche Familienzulage für die Ehefrau 50 M., für das erste Kind 12 M. und für jedes weitere Kind 16 M.

Außerdem sollen die Piloten je nach ihrer Dienstdauer im Luftverkehr eine vertraglich nicht geregelte Zulage erhalten, die sich zwischen 100 und 600 M. im Jahre bewegt.

Die Kilometergelder sind wie folgt geregelt:

1. für Junkers F 13, Fokker F 2 und F 3 5 Pf. pro Kilometer
2. „Dornier Komet 3“ 7 „
3. „Dornier Wal G 23“ 9 „

Für Nachtflugzeit wird 100 Proz. Zuschlag gezahlt. Piloten, die bereits 120 000 Kilometer im Luftverkehr zurückgelegt haben, erhalten auch für Flugzeuge der Gruppe 1 7 Pf. pro Kilometer.

„Der Berufslieger“, das Nachrichtenblatt der Reichsabteilung des Luftfahrpersonalis im Deutschen Verkehrsband, bezeichnet den Inhalt des Tarifvertrages als unbefriedigend.

Lohnstreit in der sächsischen Textilindustrie.

Leipzig, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Am 7. April fanden in der westsächsischen Textilindustrie die durch die Kündigung des Tarifvertrages erforderlichen Verhandlungen statt. Die Unternehmer wollten nicht nur den Schiedsspruch vom 2. Sept. 1925 beseitigt wissen, um die Akkordlöhne reduzieren zu können, sondern fordern außerdem eine Reduzierung der Löhne um 10 Proz. Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie über einen Lohnabbau nicht verhandeln. Damit waren die Verhandlungen gescheitert.

In Hamburg streifen die Chauffeure.

Hamburg, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Chauffeure der Hamburger elektrischen Droschken-Ges. (Hedag) sind wegen Lohnunterschieden in den Streit getreten. Die Hedag, eine der größten Hamburger Kraftfahrzeuggesellschaften, weigerte sich, mit den Kraftfahrern vor Ablauf des Tarifes, der inzwischen gekündigt worden war, zu verhandeln.

Alle Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr, tauf die Gruppe Wand in Jugendheim Bremer Ecke Wilsenstr. Selbstbesprechung. Disziplin: „Wie erfüllt uns unsere Arbeit — Beruf“ Selbstaussprache, Mitgliedsbücher mitbringen.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Kurt Gatenau; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schilowski; Kololes und Konflikte: Eric Karstädt; Anzeigen: Th. Giese; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68 Lindenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

SONDERANGEBOT

Waschstoffe

- Vollvoile bedruckt Meter **88 Pf.**
- Crêpe gestreift, für Blusen und Kleider Meter **1 10**
- Kunstseide mit Baumwolle, Wascheide, Mir. **1 45**
- Crêpe marocain bedr., ca. 100 cm breit Meter **1 65**
- Kleiderleinen in vielen Farben, Hochluft- u. waschecht, Meter **1 95**
- Crêpe marocain Kunstseide, m. Baumwolle, mod. Karos, Doppeltbreit, Mir. **3 50**
- Windjackenstoff ca. 140 cm breit, imprägniert Meter **3 90**

Kleiderstoffe

- Wollmusselin bedruckt, in grosser Auswahl Meter **1 65**
- Schürzen-Panama schwarz, ca. 120 cm breit, Mir. **1 85**
- Schulcheviot marine, ca. 130 cm breit, Meter **1 95**
- Reinw. Schotten moderne Farbneustellungen, Meter **2 25**
- Eolienne Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit Meter **3 50**
- Gabardine weiss, reine Wolle, ca. 130 cm breit Meter **5 90**

Seidenstoffe

- Rips für Hüte, moderne Farben Meter **1 95**
- Mod. Schotten Baumwolle-Kunstseide, ca. 90 cm breit Meter **3 75**
- Foulard reine Seide ca. 90 cm breit Meter **3 90**
- Givrin helle Frühjahrsfarben, ca. 90 cm breit, Meter **4 50**
- Helvetia-Seide bedruckt, elegante Qualität, moderne Muster Meter **5 90**
- Foulard reine Seide, moderne mehrfarbige Druckmuster, Mir. **7 50**
- Anzugstoff f. Herren marine, ca. 140 cm breit Meter **8 50**

Damen-Wäsche

- Büstenhalter aus Kunstseide, gutstehende Form, mit schmalen Achselträgern **1 45**
- Hüfthalter aus weissem oder mod. farbigem Dreil, oben Gummi, gute Verarb., 1 Paar Halter **2 25**

- Trägerhemden aus gutem Waschstoff, mit Stickerei reich garniert **1 65 1 95**
- Hemdhosens Windelform, aus gutem Waschstoff, mit schöner Stickerei garniert **2 45 2 95**
- Nachthemden aus gutem Hemdenstoff, mit Motiv und Hohlraum reich ausgeführt **2 95**
- Prinzessröcke moderne Form, aus gut. Hemdenstoff, reich mit Stickerei garniert **2 75 3 90**
- Hemdhosens Windelform, aus farbigem Opal, mit Valenciennes Spitze reich garniert **3 75 4 50**
- Bubi-Nachthemden aus gutem Wäscheball, farbige Weiss, Kragen u. Aermelaufschl. **6 75**

- Morgenröcke aus gut. baumwollenen Musselin, feine Form **5 25**
- Morgenröcke aus gutem Foulardstoff, moderne Form, in schön. bunt. Dessins **13 50**

HERMANN TIETZ

Wie märkische Kleinstädte aussehen:



Gute Verbindungen sichern das Emporblühen auch kleiner Städte: der alte Wohlstand Treuenbriegens ist mit dem zweiten Schienenwege wieder befestigt. Man kann über Jüterbog oder Potsdam-Bildpark fahren; letztere Strecke gibt uns einen Einblick in das schöne Waldrevier zwischen Havel und den Spargelfeldern von Beetz.

Das treue Briezen.

Urkundlich als Briezen seit 1217 genannt, hat die Stadt sich im 14. Jahrhundert ihren Vordernamen durch die Treue errungen, die sie dem bayerischen Markgrafen Ludwig hielt, als dieser 1347 durch das Aufstehen des „falschen“ Waldemar hart bedrängt war. Im 15. Jahrhundert erscheint dann der neue Name auch in Urkunden. Die Lage der nicht wehrhaften Stadt an der Heerstraße Berlin-Leipzig brachte ihr, der die Treue mit Land und Stadtrechten belohnt war, eine erfreuliche Entwicklung, aber auch manches Leid in Kriegzeiten. Der Wohlstand, der sich auch darin zeigte, daß die Bürger lange Jahre hindurch keine Gemeindesteuern zahlten, erhielt einen Stoß, als Rudenwalde für die ganze Gegend das auch in Treuenbriegen betriebene Tuchgewerbe an sich riß. Zwischen Potsdamer und Anhalter Bahn gelegen, hat die Stadt erst durch die beiderseitige Verbindungsbahn neuen Impuls erhalten. Noch immer behauptet der Ackerbau die erste Stelle — die sonst florierende Holzpottentfabrikation und die Papierherstellung leiden zurzeit unter den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Eine starke industrielle Betätigung ist jedenfalls in Treuenbriegen nicht heimisch. Wohlthuend berührt die Sauberkeit der Straßen, die geschmackvolle Umwandlung und Verbindung des Alten mit dem Neuen.

Die breiten Straßen.

Sauber und breit sind die Straßen, von denen drei: der Straßenzug Leipziger und Großstraße, die Breite Straße und die Vogelgefangstraße, parallel laufen. Kommt man vom Bahnhof, so gelangt man durch die von Häusern flankierte Bahnhofstraße zum ehemaligen Leipziger Tor, wo sich Reste der alten Backsteinumwallung und der Beginn der an der Rieplitz sich hinziehenden neuen Anlagen bemerkt machen. Auch eine Ruine: der Rest der kleinen Heilige-Geist-Kapelle begrüßt uns beim Eintritt in die Stadt. Bald verbreitert sich die Großstraße; in dieser als Markt sich vorstellenden Erweiterung erhebt sich das Rathaus, das dem Besucher seine Schmalheit, unten mit einem Säulenbau verziert, zugeht. Da nun am Ende des Straßenzuges die Marienkirche sich ebenfalls mit ihrer schmalen Turmsäule unserem Blick darbietet, so erhält man den Eindruck, als müsse der Grund und Boden sehr teuer gewesen sein (was zweifellos nicht der Fall war), um dieses ansehend mehr in die Höhe als in die Breite gehende Bauen zu rechtfertigen. Steht man dann vor den Bauten selbst, so per-

schwindet natürlich dieser durch die eigenartige Lagerung hervorgerufene Eindruck. An das Rathaus schließen sich noch auf der Insel innerhalb der Straße eiliche Häuser an. Dann geht die Straße breit, mit Baumalleen versehen, auf ihren Endpunkt, die Marienkirche, zu. Kreuzförmige Basilika aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts; die ältesten Teile — Chor und Querschiff — aus Granit, das spätere als spätgotischer Backsteinbau ausgeführt. Eigenartig ist der Abschluß des Turms mit den sich durchdringenden Satteldächern. In dem alten Kirchhof an der Kirche die sogenannte Luther-Linde, unter der Luther gepredigt haben soll. Die zweite Kirche der Stadt, die Nikolaikirche, ebenfalls eine kreuzförmige Backsteinbasilika aus dem 13. Jahrhundert, ist vom Markt durch die Bäckerstraße leicht zu erreichen. Das Vorhandensein dieser zweiten großen Kirche, die im Laufe der Zeit natürlich vielfache Erneuerung gefunden hat, ist bei einer Einwohnerzahl von 5500, die zudem keine starke Steigerung aufweist, bemerkenswert. Mit der Frömmigkeit scheint aber eine genügend ausgeprägte Lebenslust Hand in Hand zu gehen; an Wirtschaften und Erholungsstätten, die durchweg einen soliden Eindruck machen, fehlt es jedenfalls nicht.

Altes und Neues.

Die Lage der Stadt im Wiesental der munteren Rieplitz schließt eine unmittelbare romantische Umgebung aus, wie sie zum Beispiel das nahe Belgig zeigt, dafür haben aber die Verschönerungsrate der Stadt Anerkennungswertes geleistet, als sie die alte Umwallung



Das Rathaus.

zu Anlagen mit hohen, schattenspendenden Bäumen verarbeitet. Auf der Westseite der Stadt ist der Rest der alten Mauer und ein dicker „Bulverturm“ einbezogen worden, auf der Ostseite zeigt sich mehr der Promenadencharakter. Hier hat man auch den Heldenhain für die Opfer des Weltkrieges angelegt: eine vertiefte Rosenanlage, deren ansteigende Seitenflächen auf eingebetteten Platten die Namen der Toten aufweisen; für jeden Namen eine Platte, so daß dem Pietätsbedürfnis der Angehörigen durch Niederlegung von Blumen und Kränzen Genüge getan werden kann — eine einfache und geschmackvolle Ehrung, die jeden Helden gleich behandelt. — Die Anlagen enthalten noch eine Erinnerung an ihren Schöpfer, Apotheker Baurert, und ein Denkmal für den Komponisten J. H. Himmel, der ein Treuenbrieger Kind war. Das lebenslustige Naturell dieses „Stolzes der Stadt“ — vom „dicken“ Wilhelm 1795 zum Kapellmeister in Berlin ernannt — spricht sich in seiner Operette „Fanchon“, aber auch in seinem Epitaphentexten aus, das in mancher ergötzlichen Episode von Zeitgenossen geschildert wird. Als sein Freund Gubitz kurz vor der Schlacht von Großbeeren (23. August 1813) in Erwartung des preussischen Sieges eine Festantate gedichtet hatte und Himmel sie in Ruffik legen sollte, hatte der „Fanchon-Papa“ sich im Freundeskreise so viel Begeisterung angetrunken, daß er zunächst im Schlafzimmer seiner „himmlischen“ Wohnung seinen Rausch ausschlagen mußte. Immerhin wurde am 24. August die Kantate bereits im Theater gesungen — und der Komponist war um einen Triumph reicher. Er starb bereits im nächsten Jahre; die heutige Welt hat seine Werke vergessen, dem Lebenskünstler aber noch ein freundliches Andenken bewahrt.

Politisches.

Vor dem Rathaus steht ein „Hohenzollernbrunnen“ mit dem Standbild Friedrichs I. von Brandenburg. Eine Inschrift des 1913 aufgestellten Denkmals besagt: „Den Hohenzollern das treue Briezen.“ Im März 1926 wurden für das Volksbegehren betr. entschädigungslose Enteignung der Fürsten 1200 Einzeichnungen geleistet; gewiß eine bedeutsame Korrektur seiner Treueformel, die ja an und für sich ganz belanglos ist, da sie damals — 1913! — von jeder Stadt geleistet werden konnte. Das „treue“ Briezen war mit der Waldemar-Epikope verknüpft. Wiederum ein Beweis, wie feriler Patriotismus zu Unlogischem führt. Jene Einzeichnungsziffer, sowie die Existenz einer Reichsbannergruppe Schwarz-Rot-Gold beweisen, daß die Bevölkerung der Stadt durchaus nicht gänzlich im reaktionären Lager steht. Ihre Zeitung, die „Treuenbrieger Zeitung“ (mit verbindlicher Publikationskraft für amtliche Bekanntmachungen), ist allerdings kaum als Förderer republikanischer Gesinnung anzusehen; ihre Haltung gegenüber dem Volksbegehren ließ zu wünschen übrig.

Wer ein Frühauflieger ist, kann mit dem Besuche von Treuenbriegen den von Jüterbog verbinden und schließlich noch ein paar Abendstunden an der Havel verleben. Für den Flämingbesucher bietet Treuenbriegen durch die weitere Bahnverbindung nach Belgig einen angenehmen Ausgangspunkt.

Durch die Berliner Hungertürme.

Jolly, Hungerkünstler o. D. und bisheriger Besitzer der „europäischen Weltmeisterchaft“, nimmt laut Zeitungsberichten rasche — bald fünf, bald zehn Pfund — zu und wird wohl demnächst zur „Entsetzungstour“ nach Morienbad müssen, um für seine nächste Hungerperiode in Form zu sein. Daß, der weiblichen Hungerkünstlerin, sei bei dieser Gelegenheit voller Mitleid gedacht. In nächster Nachbarschaft Daijns (Chausseestr. 101) sitzen aber noch zwei weitere Anwärter auf die Hungerpalme. Einer heißt F a s t e l o (der Name ist sinnig gewählt), der andere H a r r y. Gestern, am 31. Tag nach ihrer Entlieferung, fand ihr erstes medizinisches Examen statt. Sie haben es bestanden und dürfen also weitermachen. W a h l m a n n, der Messias des Ostens (Frankfurter Allee 313), ist verhältnismäßig am besten in Form. Natürlich blieben auch bei ihm Nervenz- und Herzkrisen nicht aus. Aber sein Aussehen, die Stimmung und die Arbeitslust sind direkt erstaunlich. Auch anfänglich seines Unpugs — die „Bitrine“ wird in einen anderen Raum gebracht — hielt er mehrere Vorträge über die Segenstrost und Heilwirkung des Wenig- oder Gornichtessens. Er befaßt sich sowohl mit medizinischen als auch sozialen, philosophischen und religiösen Problemen und empfindet auf diese Weise angeblich keinerlei Leere, weder im Kopf noch in der Magenregion. Jedenfalls ist seine Auffassung der ganzen Angelegenheit die weitest sympathischste.

Jamile unter den Zedern.

Von Henri Bordeaux.

(Berechtigte Uebersetzung von J. Kunde.)

Die Geschichte Jamiles.

Ich war mit Jamile verlobt. Diese Heirat war, glaube ich, zwischen unseren beiden Familien von Anfang an vereinbart. Ihre Mutter und die meinige liebten einander sehr und verbrachten oft Stunden in Gesprächen über häusliche Dinge, wobei sie ihren Fruchtsaft tranken und Süßigkeiten naschten. Ich hatte im Alter von 8 Jahren meinen Vater bei dem Raufaker von Dar-el-Kama verloren. Er hatte sich dorthin begeben — das habe ich später erfahren — weil Josef Karam aus Ehdn, der Befehlshaber der Maroniten, der mehr Mönch als Soldat war, in Kesrawan untätig verharrte, während er unseren, von den Drusen bedrohten Städten, hätte zu Hilfe eilen sollen. Mein Vater kehrte nicht zurück. Die im Bergland gelegenen Felder und Weiden unserer Eltern grenzten aneinander; es kam vor, daß die Ziegen- und Schafherden die Scheide nicht genügend achteten; aber wenn die Fresshals darüber Klage führten, lachte man sie aus. Die Nachbarschaft zeitigt selten ein solches Ergebnis.

Jamiles Vater betrachtete mich, weil ich den meinen verloren hatte, als einen seiner Söhne. Raschid-el-Hame war ein mächtiger und gefürchteter Scheik; seinen Befehlen entgegenzuhandeln, wagte niemand. Er herrschte im Hause und unter seinen Bauern mit Gerechtigkeit und Würde. Wenn er über die Schäden hinweg sah, die ihm unsere Herden zufügten, so schreibe ich das den Absichten zu, die er hinsichtlich meiner hegte; denn er pflegte sonst seinen Rechten nicht das Geringste zu vergeben. Ich sollte das eines Tages — es war ein furchtbarer Tag — erfahren. Butros, sein ältester Sohn, war in meinem Alter, aber er war größer, stärker, energischer als ich. Man konnte uns für Brüder halten. Man hat oft einen Menschen zum Bruder, den unsere Mutter nicht gebor. Wir nahmen an allem gemeinsam teil: am Spiel, an der Jagd. Wir ritten zusammen, übten uns gemeinsam im Schießen mit Flinten und Pistolen. Er war gewandter als ich und mir an Kräften überlegen; nur in den Studien, auf die man damals nicht viel Wert zu legen pflegte, nahm ich den ersten Platz ein. Sie haben nur dazu gedient, meinen Kopf wirt zu machen. Ich stand unter seiner Obhut, ebenso wie seine beiden Schwestern Jamile und Muntaha und sein kleiner Bruder Michael. Er war unser Schützer, unser Vater und besaß schon die Gabe des Befehlens, die Initiative, den

Mut zu Unternehmungen, der den geborenen Führer auszeichnet.

„Jamile wird deine Frau.“ erklärte er mir eines Tages. Ich war damals 15 und sie 10 Jahre alt.

Es war ausgemacht, daß Jamile meine Frau werden sollte. War sie nicht schon meine Schwester? Das war nun eine ganz natürliche Entwicklung. Vielleicht ist es aber für eine spätere Vereinigung nicht gut, wenn man in zu großer Vertraulichkeit miteinander aufwächst. Die Liebe verlangt wohl, daß man einander fremder ist und sich nicht so kennt. Man möchte, wenn man liebt, sich der ganzen Vergangenheit des geliebten Wesens bemächtigen, als wenn sie einem vorenthalten worden wäre.

Bermüht sich die ganze Vergangenheit mit der unserigen bis in die Kindheit, dann ist die Neugierde nicht mehr rege und der Duft verfliegen. Wundern Sie sich nicht über diese Reflexionen: Während der afrikanischen Nächte, während meiner Reisen in Rhodesien weilt meine Gedanken oft wieder am Libanon; da habe ich alle Bitterkeit noch einmal durchempfunden und von dem geträumt, was hätte sein können und doch nicht war! Gleichwohl waren wir einige Jahre getrennt gewesen, Jahre jedoch, wo das Herz noch nicht aufgewacht ist: sie war bei den Schwestern in Tripolis; ich bei den Bazaristen von Antura, oberhalb Beirut. Sie lernte leicht wie ich. Alle zwei liebten wir es, französisch zu sprechen. Französische Konversation galt als ein Zeichen der Bornehmheit. Frankreich hatte uns seit den Massakern geholfen; wir hatten die roten Hosen ihrer Soldaten gesehen — wenigstens ich; denn Jamile war noch zu klein gewesen, um sich dessen erinnern zu können. Wir wußten, daß Frankreich uns immer beigestanden hatte. Unsere Gedanken schweiften zu ihm hinüber. Es war den Christen des Orients stets freundlich gesinnt gewesen und besaß ein treffliches Heer.

Bei uns ist es Brauch, daß die jungen Mädchen zwischen dem vierzehnten und sechzehnten Jahre heiraten, etwa mit zwanzig Jahren die jungen Männer. Ich näherte mich diesem Alter und Jamile wurde fünfzehn. Wir waren einig und drängten uns nicht. Unsere Familien selbst waren unserer Zukunft so sicher, daß sie uns Zeit ließen. Wie es kam, daß ich, in plötzlicher Wandlung, diese kleine Schwester mit einer Leidenschaft zu lieben begann, wie sie die Mehrzahl der Menschen — und zu ihrem Glück — nicht kennt, das hab ich mich oft gefragt, ohne daß ich es mir erklären konnte. Durch die Worte der Leidenschaft zu schreiten ist leicht; schwer ist der Rückweg. Aber warum soll man die Dinge zu erklären versuchen, wenn alles in Dunkel schwindet? Meine Erinnerung

lehrt mich, wie es gekommen ist, aber nicht warum. Und warum geschah es an jenem Tage und nicht um einen Tag früher oder später?

Butros hatte sie und mich nach Hasrun, einem Nachbardorf mitgenommen; wir wollten dort getrocknete Pflaumen und Aprikosen, eine Spezialität dieses Ortes kaufen. Es war ein Winter-Spätnachmittag und der Weg war schneebedeckt. Bei der Rückkehr verließ uns Butros, um Fallen für die Schakale zu stellen. Er beschäftigte sich nur mit Dingen, die sich um die Jagd oder den Fischfang drehen und vertraute meine Braut, seine Schwester, meinem Schutze an. Wir mußten zu lange auf ihn warten und wie ich zufällig — denn ich beabsichtigte es nicht — die Hand Jamiles berührte, war sie eiskalt. Ich nahm ihre beiden Hände wie kleine tote Vögel in die meinen, um sie zu erwärmen und wieder zu beleben. Allmählich kehrte die Wärme wieder und ich hielt sie trotzdem fest.

„Gib sie mir wieder.“ sagte Jamile lächelnd.

„Noch nicht.“

Ich ließ sie nicht und drückte meine Lippen darauf; sie schien etwas erstaunt, aber blieb ganz ruhig. Meine Verwirrung teilte sie nicht. Es ist eine zarte Sprache, welche die Herzen aneinander fesselt. Und der Austausch erster Zärtlichkeiten ist eine Sprache für sich. Wir waren allein auf dem Weg, der in der bereits dunklen Landschaft sich klar abzeichnete.

„Geben wir heim.“ sagte sie schließlich.

„Geben wir.“ pflichtete ich bei.

Ich hätte es auch nicht länger ertragen können. Die bloße Berührung hatte mich entzündet. Man hatte uns heißen Wein gereicht. Und ich war trunken.

„Jamile — Sie wissen es vielleicht — heißt Schönheit und Muntaha Geschmeidigkeit. Sie war geschmeidig und schön. Bisher hatte ich sie wie einen Kameraden behandelt, einen zweiten Butros, der fast ebenso kühn und kraftvoll war wie jener. Sie konnte ein widerspenstiges Pferd besteigen, schoß mit unseren Jagdgewehren Rebhühner und Wachteln. Ich fragte sie niemals, ob sie ermüdet sei. War sie nicht größer, als unsere Mädchen gewöhnlich sind, schlanker und zugleich sehniger? Wir kam es mit einem Male vor, als wenn ich sie niemals angesehen hätte. Und vielleicht hatte ich es auch niemals getan. Es wissen so wenige Menschen ihre Augen zu nutzen. So können wir Wunder sehen, ohne davon gekendet zu werden. Ich hatte gleichgültig mit Jamile leben können, ohne zu merken, daß sie schön war. Ich hatte es nicht erkannt.“

(Fortsetzung folgt.)

Man möchte gar nicht glauben, wieviele Menschen man durch Hungern ernähren kann! Diese ganzen Könige von Hunger — es sind ihrer immerhin 5 bis 6 (ausschließlich der ungezählten „untergeordneten“ Haupter) — haben einen richtiggehenden Hofstaat um sich versammelt. Da ist der Reichsverwalter oder Notar, der Leibarzt, der Leibadjutant oder Impresario, das Gefolge (Büdiere, Geschäftsführer, Kassierer, Ober, Portier), dann die ständige Leibwache bei Tag und Nacht und was sonst noch so herumjammelt und sich was zu schaffen macht. Das will alles erst mal bezahlt sein und was dann bleibt, ist der Verdienst. Der Besuch läßt überall zu wünschen übrig. Solch hat entschieden — getreu dem Sprichwort: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! — den Vogel abgeschossen.

Kostige Nägele.

Einer der stärksten Männer dieser Zeit, der Schwergewichts-artist Breitbart — Jude übrigens —, der mit Leichtigkeit eine ganze Kompanie Stahlhelmleute vor sich hergejaht hätte, ist, wie erinnerlich, einem kleinen türkischen Ding zum Opfer gefallen. Ein rostiger Nagel war ihm tief in den Oberschenkel gedrungen. Das hatte Bluterguß zur Folge, der der als Artist unerreichte, als Mensch durch seine stete Hilfsbereitschaft unvergeßliche Mann erlag. Ein rostiger Nagel! Die Warnung, sich vor ihm in Acht zu nehmen, ist zu oft ausgesprochen worden, als daß man magen dürfte sie zu wiederholen. Außerdem gilt sie fast immer denen, die am wenigsten davon bedroht werden. Jenen friedlichen Existenz nährern, die ihr rüstiges Mannesalter in der wärmenden Sonne einer Staatspension verbringen und nun zum Schrecken aller Hausbewohner von früh bis spät mit Hammer, Zange und Säge im Hause herumgeräuschen. Jenen behaglich hantierenden Rentnern, die es in aller Vorsicht, bevor sie ein Stückchen Holz angreifen, sagen: „hm, sollte da nicht — hm — vielleicht so ein rostiger Nagel verborgen sein?“

Was aber tun die Hunderttausende, die Millionen, die täglich mit Holz und Eisen berufsmäßig umgehen müssen? Sie wissen ganz genau, daß ihnen aus einem rostigen Nagel der Tod drohen kann. Aber sich vorsehen, wer kann das? Zugreifen! Anpacken! Arbeiten! Arbeiten! Das ist die tägliche Lösung. Bis ein Kollege plötzlich aufhört, die Hand befehle, daran saugt, ein Taschentuch umbindet. Weiter! weiter! Der Meister hat schon gesehen, daß einer stirbt. Wegen der Kleinigkeit gleich zum Arzt? Das kostet Stunden und Stundenlohn. Aber am anderen Tage geht es doch nicht mehr. Also zum Arzt! Schneiden! Oder Operieren. Oder wie oft — und wie auch bei Breitbart — amputieren. Einen Finger — die Hand — wohl gar den Arm. Und wie manchesmal der Tod. Und alles das, weil es nur ein rostiger Nagel war. Vielleicht aber auch nur, weil die Arbeit die Menschen hat und die Menschen nicht die Arbeit. Denn ruhige Arbeit läßt Zeit, den Gefahren auszuweichen.

Tintenattentat auf Gerichtsbeamte.

Der „Jürgenseinwand“.

Zu einer erregten Szene kam es vor der Berufungskammer des Landgerichts III, deren Vorsitz Landgerichtsdirektor Siegert führte. Der Fall hatte auch insofern allgemeines Interesse, als es sich um die Berufungsverhandlung über eines der letzten Urteile handelte, das unter Vorsitz des jetzt in Untersuchungshaft befindlichen Landgerichtsdirektors Jürgens von dem Schöffengericht Charlottenburg gefällt war.

Von dem Angeklagten wurde dann auch prompt der ziemlich häufige „Jürgenseinwand“, wie man kurzerhand diese Art der Berufung in Romab zu nennen pflegt, gemacht. Landgerichtsdirektor Jürgens hatte den Tischler Karl Deichmüller und den Arbeiter Hermann wegen schweren Einbruchdiebstahls zu 2 Jahren bzw. 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie schuldig befunden worden waren, in einer Villa in Dahlem eingedrungen und Teppiche im Werte von 10 000 M. gestohlen zu haben. Bei dem Abtransport der Teppiche aus einem Diebschloßwinkel in der Großen Hamburger Straße wurden sie abgefaßt. Nach mehrstündiger Beratung hatte das Schöffengericht das obige Urteil gefällt. Die Berufungskammer bewertete die Mitwirkung des Angeklagten Hermann jedoch nur als Hehlelei und wandelte die Strafe in die gleichlautende Gefängnisstrafe um. Dagegen wurde die Berufung des schon vielfach vorbestraften Deichmüller verworfen. Kaum hatte Landgerichtsdirektor Siegert das Urteil verurteilt, als Deichmüller in wüsten Beschimpfungen des Gerichts ausbrach und meinte, Landgerichtsdirektor Jürgens werde trotz seiner 63 Betrugsfälle billiger wegkommen. Mit einem tüchtigen Satz sprang der rabiate Angeklagte dann über die Barriere der Anklagebank, stürzte sich auf den Richtertisch und wollte den Gerichtshof mit Tintenfassern bombardieren. Ehe er aber soweit kam, hatten schon die diensttuenden Justizwachmeister eingegriffen. Es entspann sich zwischen ihnen und Deichmüller ein schwerer Kampf, in dessen Verlauf die Beamten mit Tinte übergesen wurden. Einige gezielte Schläge mit dem Gummiknüppel brachten den Tobstüchtigen endlich zur Reason, so daß er ohne weitere Zwischenfälle abgeführt werden konnte. Der Gerichtshof hatte während dieser bedrohlichen Szene vollkommene Ruhe bewahrt.

Eine zweite Liebestragödie.

Unmittelbar nach der Liebestragödie des Ingenieurs Delawany und des Fräuleins Keil hat sich gestern im Tegeler Forst eine zweite Liebestragödie abgespielt, die ebenfalls mit dem Tode des Mannes endete. Ein 22 Jahre alter Arbeiter Franz Eggert aus Rawen verließ vor einigen Tagen seine Frau, mit der er in Unfrieden lebte und traf sich in Berlin mit seiner früheren Geliebten, einer Hedwig A. aus Briesen. Das Paar begab sich am Nachmittag in den Tegeler Forst, um zusammen zu sterben. Eggert schloß sich zwei Kugeln in den Kopf und brach sofort tot zusammen. Das Mädchen aber hatte nicht den Mut, jetzt ebenfalls zur Waffe zu greifen, ließ vielmehr nach dem Schloßrestaurant, wo beide vorher gewieilt hatten und bat um Hilfe. Die Polizei konnte aber nur noch feststellen, daß Eggert tot war.

Zu der Liebestragödie des Ingenieurs Delawany erfahren wir, daß sich die Verlegung des jungen Mädchens als ungefährlich herausgestellt hat, so daß es bereits aus der Klinik entlassen und von der Kriminalpolizei vernommen werden konnte. Der Ingenieur war stellungslos, und weil er keine Beschäftigung fand, geriet er immer mehr in Schwierigkeiten und war zuletzt gezwungen, wiederholt Sachen zu verkaufen. Das Mädchen suchte ihn immer wieder aufzumuntern und redete ihm stets wieder zu, nicht den Mut zu verlieren. Zuletzt aber kamen die beiden doch überein, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden und schrieben mehrere Abschiedsbriefe. Dann spielten sich die Vorgänge ab, wie wir berichteten.

Zusammenbruch des Angeklagten Heinrich Marx.

Gleich dem Lüchow-Prozess hat auch der seit mehreren Wochen vor dem Schöffengericht Mitte anstehende Betrugsprozeß gegen Heinrich Marx mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die gleichfalls auf den Gesundheitszustand des Angeklagten zurückzuführen sind. Bei diesem Betrugsprozeß handelt es sich, wie bereits mitgeteilt, um äußerst verwickelte Finanzgeschäfte, die mit den bekannten Sanierungsaktionen von Heinrich Marx im Zusammenhang stehen. Gegenwärtig ist die Beweisaufnahme so weit vorgeschritten, daß der Hauptanklagepunkt gegen Marx, der ihm einen Betrug gegenüber der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) zur Last legt, aufgeschnitten werden soll. Dazu wird auch Gehilfenrat Ruhe vernommen werden. Bereits am Mittwoch schienen die Kräfte des Angeklagten zu erlahmen. Er sank im Laufe der Verhandlung auf seinem Stuhl zusammen, und der hinzugesessene Gerichtsarzt Prof. Strauch war der Ansicht, daß augenscheinlich ein

Zusammenbruch vorliegt. Die Verhandlung wurde daraufhin abgebrochen. Auch am Freitag erlitt sie eine Erlösung, weil der Angeklagte unterwegs einen Ohnmachtsanfall erlitten hatte. Professor Seelert als Sachverständiger stellte sich im Gegenlag zu den früheren Gutachten anderer Ärzte auf den Standpunkt, daß es sich bei Marx mehr um einen hysterischen Zustand handle, und er ließ sogar durchblicken, daß er es in der Hauptsache für eine Simulation halte. Die Verhandlung wurde gestern jedoch nicht wieder aufgenommen, sondern auf heute Sonnabend mittag 12 Uhr vertagt.

Wie unsere Jugend verdorben wird! Ein gefährlicher Kinderfreund.

In das gemeingefährliche Treiben eines Wüfflings, der sich zu seinen Opfern Schulmädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren ausgesucht hatte, leuchtete eine Verhandlung vor dem Landgericht I hinein. Der Kaufmann Ernst Unger stand mit der Schuljugend, die nachmittags im Kleinen Tiergarten zu spielen pflegte, auf sehr vertrauten Fuße, denn er verteilte in reichem Maße Schokolade und andere Süßigkeiten unter die weibliche Jugend. Diese Freundlichkeit hatte aber einen bitteren Beigeschmack, denn bei einer Hausdurchsuchung, die Kriminalassistent Zimmermann in der Wohnung Ungers in der Lübecker Straße 45 vornahm, wurden Photographien von Kindern in den bedenklichsten Stellungen zutage gefördert. Zunächst standen gegen Unger fünf Fälle zur Anklage, und er wurde der Vornahme unzüchtiger Handlungen an Minderjährigen überführt, wofür er 1 1/2 Jahre Gefängnis erhielt. Inzwischen ist aber gegen ihn ein weit umfangreicheres Strafverfahren in Gang gebracht worden, und er wird sich demnächst noch einmal wegen gleichartiger Strafhandlungen in großem Umfang zusammen mit seiner Ehefrau zu verantworten haben, da bei einer zweiten Hausdurchsuchung in einem Versteck auch Photographien vorgefunden wurden, die seine Ehefrau mit Kindern in den unglaublichsten Stellungen zeigte.

Konsumgeneralversammlung.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hielt in den Russier-Festhallen eine außerordentliche Generalversammlung ab. Geschäftsführer Schreiber erstattete den Halbjahresbericht. Er verwies auf die ungünstige wirtschaftliche Lage, die für die Verbraucher vielfach in längerer Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Trotzdem hat sich die Konsumgenossenschaft auch im letzten halben Jahre günstig weiterentwickelt. Dies gilt auch für ihre Tochtergesellschaften, die Rentkollner Großhandlungsgesellschaft und die Bekleidungsindustrie „Hoffnung“. Der Bericht wurde von der Generalversammlung entgegengenommen, ohne daß sich daran eine längere Debatte schloß. Dann beschäftigte sich die Generalversammlung mit einer Änderung der Satzungen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird der strenger Organisations wegen von fünf auf drei herabgesetzt. Das Aufsichtsratsmitglied Michaelis teilte mit, daß die Änderung im Einverständnis aller Beteiligten erfolgt. Das Vorstandsmitglied Hajal wird auf seinen Wunsch aus den Diensten der Genossenschaft ausscheiden. Der Kassierer Baum, der aus dem Vorstand ausscheidet, wird seine Kraft weiterhin der Genossenschaft zur Verfügung stellen. Die Generalversammlung beschloß die erforderliche Satzungsänderung einstimmig. Der Aufsichtsratsvorsitzende Lange dankte allen Beteiligten für die Bereitwilligkeit, die sachlich notwendige Satzungsänderung erledigt worden waren, beschloß die Generalversammlung nach einem Bericht des Geschäftsführers Ritus, das der Zentralrats Nichtenberg benachbarte große Grundstück Rittergutstraße 27/30 zu erwerben.

Sodann wählte die Generalversammlung einige Delegierte zu dem Verbandstag Deutscher Konsumvereine am 12. Mai in Straßburg und zu dem Genossenschaftstag Deutscher Konsumvereine am 14., 15. und 16. Mai in München. Die Verhandlungsergebnisse ergab, daß sämtliche Mandate der Liste „Genossenschaftsaufbau“ zitierten, die Kommunisten sinnen leer aus. Gewählt wurden nach Straßburg Paulus, Adam, Bodenau; nach München Marie Gehardt, Fiddike. — Das Eintrittsgeld in die Genossenschaft wurde auf 30 Pf. festgesetzt. Die Generalversammlung war von 507 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern und 20 Aufsichtsratsmitgliedern besucht.

Die Untersuchung gegen das Ehepaar Jürgens.

Der Stargarder Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Fuchs, der seit geraumer Zeit in der Affäre Jürgens Vernehmungen und Ermittlungen in verschiedenen Städten des Westens durchgeführt hat, wird voraussichtlich Anfang kommender Woche wieder nach Berlin zurückkehren und hier erneut Verhöre des Ehepaars Jürgens vornehmen. Insbesondere wird es sich darum handeln, den Landgerichtsrat mit einer Reihe von Zeugen zu konfrontieren, die ihn belasten. Beide Ehegatten, die übrigens sich noch immer im Bazar der Untersuchungsgefängnisse befinden, hatten gegenüber allen Beschuldigungen an ihrem Anfang an eingekommenen ablenkenden Standpunkt. Lieber die Ausdehnung der Untersuchung auch auf einen Betrugsversuch am Reichstis ist Landgerichtsdirektor Jürgens bisher nur vom Vernehmungsrichter des Berliner Polizeipräsidenten, Amtsgerichtsrat Struckmann, aber noch nicht vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Bei dem Umfang des zu prüfenden Materials läßt sich ein Abschluß der Voruntersuchung gegen das Ehepaar zunächst noch nicht absehen.

Weil sie das Grab ihres Sohnes schmücken wollte!

Vor dem Schöffengericht in Lichtenberg hatte sich ein armes einundsechzigjähriges Mütterchen zu verantworten. Auf dem Zentralfriedhof in Lichtenberg ruhte ihr im Weltkrieg gefallener einziger Sohn, und sie hatte kein Geld, das Grab des Sohnes zu schmücken. Da nahm sie von dem Grab einer bekannten Lichtenberger Patrizierfamilie, das in einer sogenannten Wohlstelle liegt und mit zu den prächtigsten Gräbern des Friedhofs gehört, einen Blumenstrauß, um ihn auf das Grab ihres Sohnes zu legen. Aber das Verhängnis folgte auf dem Fuße. Ein junger Mann (ein Mitglied jener Familie) hatte den Vorgang beobachtet. Die Greisin entschuldigte ihr Verhalten; der reiche Herr hatte kein Erbarmen mit der von der Liebe zu ihrem toten Sohn getriebenen Frau und ließ die Greisin feststellen. Das Gericht kam wegen des Diebstahls zu einer Verurteilung zu drei Tagen Gefängnis mit Bewährungsfrist. Das Volksempfinden aber verurteilt jene reiche Lichtenberger Familie, die in einem wenig christlichen Rechtsdünkel die alte und arme einsame Mutter vor den Richter zitierten ließ.

Freidenker für Feuerbestattung.

Im Anschluß an die freigeitige Woche wurde gestern die Generalversammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung im ehemaligen Herrenhaus durch eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden eröffnet. Anwesend waren 100 Delegierte aus Berlin und dem Reich und Vertreter inländischer und ausländischer Bundesorganisationen und verwandter Verbände, die in kurzen Ansprachen der Tagung die Grüße ihrer Organisation überbrachten. Nach Wahl des Bureau und der verschiedenen Arbeitskommissionen leitete Rükert die Tagesordnung mit dem Vorstandsbericht ein. Man könne sagen, daß im großen und ganzen ein Einverständnis der Mitglieder mit der Geschäftsführung des Vorstandes besteht. Wenn Kritik geübt wurde, war sie im sachlichen Sinne gehalten. Die Organisation hat einen guten Fortschritt gemacht, und mit dem Wachstum der Organisation geht ihr Ausbau. Im Reich sind 12 Geschäftsstellen vorhanden und rund 900 Zahlstellen. Die Reichsausweitungsbewegung macht einen guten Fortschritt; so sind in Berlin im Monat September 1923 allein bei einem Rotor 6000 Kirchenaustrittserklärungen abgegeben worden. Die Bewegung erstrebt den internationalen Zusammenschluß. — Den Geschäftsbericht gab Sievers, Koch er betonte, daß der

Aufschwung der Bewegung zufriedenstellend ist. Der Verein verfüge über eine gute Organisation, die eingehenden Maßnahmen zu ihrem weiteren Ausbau machen gute Fortschritte. Die Einnahmen betragen für das Jahr 1923 rund 1 500 000 M., die Ausgaben 1 185 000 M. Das Gesamtvermögen betrug am 31. Dezember 1923 rund 1 100 000 M., das in Bankguthaben und festen Vermögenswerten, darunter sich ein Dampfsgewert befindet, angelegt ist. Die Zahl der Sterbefälle für das Jahr 1923 beziffert sich auf 5220 und die Herstellung der Särge auf 5500. Eine gute Aufwärtsentwicklung hat das Vereinsorgan, „Der Freidenker“, aufzuweisen, dessen Auflage sich auf 280 000 beziffert. Rieger, dem unbefristete Rederecht zur Ergänzung des Geschäftsberichts eingeräumt worden war, betonte diese zu einer Polemik gegen den Vorstand, dem er Rachenhaftigkeit gegen die AFD. normiere. — Anschließend daran fanden sich die Delegierten im Speisesaal des Preussischen Landtages zusammen, wo ihnen und geladenen Gästen ein Unterhaltungsabend geboten wurde. Die Generalversammlung wird heute fortgesetzt.

Der Einhundertdreißig-Stunden-Tänzer.

Ein Tanz, der einhundertdreißig Stunden dauern wird, bildet neben dem Sechstagertanz die neueste Sensation. In einem Saal des Sportpalastes hat gestern Abend ein Tänzer namens Alfredo Fernando in einem durch eiserne Ketten abgesperrten Viereck einen Einhundertdreißig-Stunden-Tanz begonnen. Die sportliche Leistung findet sogar unter dem Protektorat des Reichsverbandes für Tanzsport statt. Der Tanz wird nach einem eigens hierfür aufgestellten „Reglement“ ausgeführt. Danach ist der Tänzer berechtigt, nach Ablauf von je drei Stunden jeweils eine Pause von zehn Minuten einzulegen. Abgesehen von den Pausen muß er sich ohne jede Unterbrechung in einer der Russin angepahten rhythmischen Bewegung befinden, wobei es auf besondere Qualität des Tanzes nicht ankommt. An besonderen Requisiten hat sich Alfredo sechs Paar feste und zwei Paar weiche Schuhe und ungezählte Flaschen köllischen Wassers angelegt. Die Tanzpartnerin wählt er sich nach Belieben aus dem Publikum.

Absturz eines Flughälers. Am Freitag vormittag startete der Flughäler Georg Mitschke mit einem Flugzeug der Flugportschule in Staaken. Bei der nur wenig später erfolgenden Landung verlor Mitschke mit Kurveflug sein Flugzeug im Zielstand auszuweichen. Bei diesem Verstoß wurde das Flugzeug, das bei den Kurvenflügen einen Teil seiner Geschwindigkeit verloren hatte, in einer Höhe von 6 bis 8 Metern von seitlichen Winden gefaßt und zu Boden geworfen, wobei es vollständig zu Bruch ging. Der Flughäler blieb unverletzt.

Der Bund vergeblicher Sozialisten veranstaltet als Abschluß seines Winterprogramms am Sonntag, den 12. April in Reuthän im Gemeindefaal, Derikstraße 9, abends 7 1/2 Uhr, einen Lichtbilder-Märchenabend für kleine Leute. Der Eintritt ist frei.

Eine Auerbung der preussischen Jungelehrer findet am Sonntag, den 11. April 1923, vormittags 11 Uhr, im großen Saal des Lehrerbienstandes statt. Zur Zeit sind über 30 000 Jungelehrer ohne Stellung. Die Veranstaltung soll die Öffentlichkeit und die Regierung auf die Not der Jungelehrer aufmerksam machen.

Das Variables Europaeus. Der unter diesem Titel laufende Film „Aus der Natur und dem Leben der Schwäne“ wird in der Trepont-Sternhalle am Sonnabend, den 10. April, um 8 Uhr und am Sonntag, den 11., um 6, 8 und 10 Uhr vorgeführt. Dienstag, 13., um 8 Uhr: „Einführung in die Chronometrie“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Dr. Arsenhald).

Aufdeckung großer Steuerhinterziehungen in Hamburg.

Hamburg, 9. April. Beamten der Zollstelle Hamburg-Freihafen ist es jetzt gelungen, umfangreichen Steuerhinterziehungen auf die Spur zu kommen, die im Jahre 1923 und auch noch bis vor kurzem von einem Hamburger Schmiedezwerg, der wegen dieser Zwecke ausgewandert zu sein scheint, verübt worden sind. Die Untersuchungen sind noch nicht völlig abgeschlossen, aber es steht schon fest, daß das Reich durch die Steuerhinterziehungen um etwa 1 Million Mark gehädigt worden ist. In die Angelegenheit sind ungefähr 30 Kaufleute, die zum Teil in Hamburg anständig sind und sich an den Schiebung beteiligen haben, verwickelt.

Zu dem Anschlag auf den Berlin-Münchener D-Zug.

München, 9. April. Die hiesigen Blätter bringen zu dem verbrecherischen Anschlag auf den Berliner D-Zug noch folgende Einzelheiten:

Die Lokomotive des D-Zuges fuhr in voller Fahrt auf die über das Gels gelegte schwere Schiene auf, die sich dann wie ein Rad auf das rechte Borderrad der Lokomotive legte und verunmüßlich ein Stück mitgeschleift wurde, worauf die Vorderachse der Lokomotive entgleiste. Der Lokomotivführer hatte Geführgewand genug besessen, bei der Auffahrt auf das Hindernis sofort zu bremsen. Mit welcher ungeheurer Wucht der erste Anprall auf das Hindernis erfolgte, davon legte die vollkommen abgeprengte Eisenbahnschiene, die der D-Zug mit nach München nahm, bezeugt ab. Die D-Zugmaschine wurde fast gar nicht beschädigt. Bereits vor einigen Wochen war ein Anschlag auf den Berlin-Münchener Schnellzug bei Hartmannsdorfen verübt worden durch Belegen der Gleise mit Schwellen, bis von der Lokomotive aber beiseite geschleudert wurden. Bei dem neuen Anschlag handelt es sich vermutlich um mehrere Verbrecher, da eine Person allein die vier Rentner schwere Schiene nicht lockern konnte. 20 Minuten vor dem Anschlag auf den Berliner D-Zug hatte der Frankfurter D-Zug die Stelle ungefährdet passiert.

Ein Hungerkünstler „hungert“ auf Fleischbrühe und Malzextrakt.

Der Hungerkünstler Harry Nelson, der seit dem 9. März im Leipziger Kristall-Palast hungert, ist soeben mit seinem Impresario wegen vorliegenden Betrages verhaftet worden. Es hat sich herausgestellt, daß Nelson von einem Gummischlauch mit Fleischbrühe und Malzextrakt ernährt worden ist. Nelson wurde ins Krankenhaus übergeführt.

Entgleisung des Schnellzuges Krakau-Wien.

Am Donnerstag Abend entgleiste zwischen den Stationen Bohmia und Stowina, 45 Kilometer von Krakau, der Schnellzug Bukarest-Lemberg-Wien. Die Lokomotive, der Kohlenwagen und die ersten beiden Wagen stürzten vom Eisenbahnndamm hinab, während die übrigen aus den Gleisen sprangen. Als Ursache der Katastrophe wird von amtlicher Seite ein verbrecherischer Anschlag angegeben, da eine am Tatort eingeleitete Untersuchung die Auslösung eines Schienenstranges ergab. Verletzt wurden insgesamt 25 Personen, darunter 4 schwer. Getötet wurde niemand.

Bauskatastrophe in Passau. In Passau ist beim Abbruch der Heimatauhallen plötzlich das Dach einer Halle zusammengefallen und hat eine Anzahl Arbeiter bearaben. Soweit bisher festgestellt wurde, wurden zwei Arbeiter schwer verletzt.

Explosionskatastrophe auf einem amerikanischen Landdampfer. Bei einer Explosion, die sich zwischen New York und New Orleans infolge der Kollision des holländischen Dampfers „Sofrantis“ mit dem Landdampfer der Standard-Oil-Co. „Thomas Wheeler“ ereignete, sind anscheinend 35 Mann der Besatzung des Dampfers „Sofrantis“ umgekommen.

Wohlstand Tabletten
in allen Apotheken u.
Druggern etc.
für Sänger, Sportleute, Raucher

In der Steppe.

Von Maxim Gorki.

Als wir wanderten durch die leere, schweigende Steppe, indem wir unseren hungrigen Speichel schluckten und durch eine freundschaftliche Unterhaltung uns bemühten, den Schmerz im Magen zu überbrücken, — wanderten in den rötlichen Strahlen der untergehenden Sonne, voll unbestimmter Hoffnung auf irgend etwas. Vor uns ging die Sonne unter, sich langsam in die weichen Wolken senkend, die sie freigebig mit ihren Strahlen färbte, aber hinter uns und von den Seiten ergiebt ein bläulicher Nebel, der aus der Steppe zum Himmel emporstieg, den Horizont ein . . .

„Brüder, sammelt Material zum Feuer!“ sagte der Soldat und begann, Holz am Wege aufzusuchen. „Es bleibt uns nichts übrig, als in der Steppe zu übernachten.“

Wir zerstreuten uns nach allen Seiten und fingen an, trockenes Steppengras und alles, was nur brennen konnte, zu sammeln. Jedesmal, wenn wir uns zur Erde beugen mußten, entstand im ganzen Körper der heiße Wunsch, sich auf diese Erde zu stürzen, unbeweglich liegen zu bleiben und sie, schwarz und fett, wie sie war, zu essen, viel zu essen, bis zur Erschöpfung zu essen und dann einzuschlafen. Und wenn auch für immer einzuschlafen — nur essen, faulen und fühlen, daß der warme dicke Brei aus dem Munde sich langsam durch die zusammengetrocknete Speiseröhre in den heißhungrigen, zusammengepreßten Magen wälzt, der vor Begierde, irgend etwas in sich aufzunehmen, förmlich brennt.

„Wenn man wenigstens eine Wurzel finden möchte . . .“ fauchte der Soldat. „Es gibt ehbare Wurzeln.“

Iber in der schwarzen gepflügten Erde waren absolut keine Wurzeln. Die südliche Nacht brach schnell herein, und noch war der letzte Strahl der Sonne nicht vollständig erloschen, als schon am dunkelblauen Himmel die Sterne erglänzten und um uns herum immer dichter und dichter dunkle Nebel sich aufstürzten, welche die endlose Fläche der uns umgebenden Steppe einengten . . .

„Brüder . . .“ sagte der „Student“ mit halber Stimme, „dort links liegt ein Mensch.“

„Ein Mensch?“ zweifelte der Soldat. „Warum sollte der wohl hier liegen?“

„Geht“ und fragte ihn. Der hat sicher Brot, wenn er sich in der Steppe niedergelassen hat,“ erklärte der „Student“.

Der Soldat blickte zur Seite, wo der Mensch lag, spuckte energisch aus und sagte:

„Wollen uns den mal ansehen!“

Rur die grauen scharfen Augen des „Studenten“ hatten entdecken können, daß der dunkle Haufen, der sich ungefähr 15 Ellen links vom Wege erhob, ein Mensch war.

Wir gingen näher, indem wir schnell über Klumpen Ackerland schritten und fühlten, wie die in uns leuchtende Hoffnung auf Essen den Schmerz des Hungers verschärfte. Wir waren schon ganz nahe — der Mensch rührte sich nicht.

„Kann sein, das ist gar kein Mensch . . .“ sprach der Soldat düster den uns alle beherrschenden Gedanken aus.

Iber im nämlichen Augenblick wurde unser Zweifel geboben. Der Haufen auf der Erde bewegte sich plötzlich, wuchs und wir sahen, daß es ein wirklicher, echter, lebendiger Mensch war, welcher Intend die Hand gegen uns ausstreckte.

Und er sprach mit dumpfer, zitternder Stimme:

„Keinen Schritt weiter — oder ich schreie!“

In der trüben Luft erklang ein trockenes, kurzes Schnappen. Wir blieben wie auf Kommando stehen und schwiegen einige Sekunden, verdukt über diesen unliebenswürdigen Empfang.

„Soll ich ein Raubbein!“ brummte der Soldat.

„hm . . . ja . . .“ logte nachdenklich der „Student“. „Geht mit dem Revolver . . . scheint was bei sich zu haben.“

„Heda!“ rief der Soldat, der offenbar zu einem Entschluß gekommen war.

Der Mensch schwieg, ohne seine Stellung zu verändern.

„Heda! . . . Du! Es soll dir nichts geschehen . . . gib uns nur Brot! Du hast doch hoffentlich welches? Gib, Bruder, um Christi willen . . . Gott verdamme dich, Bannfluch!“

Die letzten Worte brummte der Soldat in seinen Bart.

Der Mensch schwieg.

„Hörst du?“ fragte, zitternd vor Mut und Verzweiflung, der Soldat wieder an. „Gib uns Brot! Wir wollen hier stehen . . . Wirf es uns zu!“

„Gut . . .“ sagte kurz der Mensch.

Er hätte zu uns sagen können: „Meine teuren Brüder! . . .“ Und wenn er in diese drei christlichen Worte die allerheiligsten und reinsten Gefühle gelegt hätte, sie hätten uns nicht so erregt und erfreut wie dieses dumpfe kurze „Gut“.

„Fürchte dich nicht vor uns, guter Mensch,“ sagte der Soldat weich, mit einem süßen Lächeln auf dem Gesicht, obwohl der Mensch dieses Lächeln nicht sehen konnte, da er durch einen Raum von mindestens zwanzig Schritten von uns getrennt war. „Wir sind friedliche Leute . . . Wollen aus Rußland nach Kuban . . . Das Geld ist uns unterwegs ausgegangen, haben alles ausgegeben und sind nun schon den zweiten Tag, ohne getrunken zu haben.“

„Jang!“ sagte der gute Mensch und schwenkte die Hand in der Luft.

Ein schwarzes Stück Brot flog vorüber und fiel nicht weit von uns auf das Ackerland. Der „Student“ warf sich darauf.

„Jang noch! Und noch! Mehr habe ich nicht.“

Als der „Student“ diese originellen Almosen zusammengelassen hatte, zeigte es sich, daß wir vier Pfund altbackenes Weizenbrot hatten. Es war mit Erde beschmutzt und sehr hart. Der erste Linstand machte uns nichts aus, der zweite erfreute uns sogar: hortes Brot füllte mehr als welches, weil es weniger Feuchtigkeit enthält.

„So . . . und so . . . und so!“ verteilte der Soldat die Stücke.

„Halt! Das ist nicht gleich. Bei dir, Studentier, muß ich nach ein Stückchen abknipfen, sonst hat der hier zu wenig.“

Der „Student“ fügte sich ohne Widerspruch in den Verlust eines Stückchens Brot im ungefähren Gewicht von 20 Gramm; ich bekam es und steckte es sofort in den Mund.

Und fing an zu kauen, langsam zu kauen, indem ich nur mit Mühe die tonatistischen Bewegungen der Kiefer unterdrücken konnte, die bereit waren, Steine zu zermalmen. Es gewährte mir einen unbeschreiblichen Genuß, die hastigen Zuckungen der Speiseröhre zu fühlen und sie allmählich, bitternweise zu befriedigen. Bissen auf Bissen, warme, unbeschreiblich schmackhafte Bissen fielen in den heißen Magen und schienen sich sofort in Blut und Hirn zu verwandeln. Die Freude, solch eine seltsame, ruhige, besessene Freude, ermärmte das Herz in demselben Maße, wie sich der Magen füllte. Ich befand mich in einer Art bemagten Halbklummers. Ich vergaß die verdamnten Tage des chronischen Hungers, ich vergaß

Aus dem europäischen Kartenspiel.



Die vier Buben.

meine Freunde, ganz vertieft in den Genuß der Empfindungen, welche mich beherrschten.

Iber als sich das letzte Stückchen Brot mit der flachen Hand in den Mund warf, fühlte ich, daß ich für mein Leben gern noch mehr gegessen hätte.

„Der da hat noch Schmalz oder Fleisch,“ brummte der Soldat, der auf der Erde mir gegenüber saß, und rieb sich den Magen.

„Das ist wahr. Das Brot noch ganz nach Fleisch. Ja, und Brot hat er wahrscheinlich auch noch,“ sagte der „Student“. Und leise fügte er hinzu: „Wenn nicht der Revolver wäre.“

„Wer mag er sein?“

„S scheint, unseresgleichen.“

„Der Hund!“ schimpfte der Soldat.

Wir saßen in einer engen Gruppe und schielten dahin, wo unser Wohlwäter mit dem Revolver saß. Kein Ton, kein Lebenszeichen drang von dort zu uns.

Die Nacht zog ihre Schleier um uns zusammen. Es war talentlos in der Steppe. Wir hörten einer des anderen Atem. Von Zeit zu Zeit erklang irgendwo das melancholische Pfeifen der Zigarette.

Die Sterne, diese lebenden Blumen des Himmels, funkelten auf uns herab . . . Wir wollten essen.

Mit Stolz sagte ich es — ich war nicht schlechter und nicht besser als meine zufälligen Gefährten in dieser etwas seltsamen Nacht.

Ich schlug ihnen vor, aufzustehen und wieder zu diesem Menschen zu gehen; es brauchte ihm ja nichts zu geschehen — wir essen nur alles auf, was wir bei ihm finden. Er wird schießen — mag er! Von drei trifft er doch höchstens einen, wenn er überhaupt trifft.

Und wenn er wirklich trifft, eine Revolverkugel wird einen Menschen schwerlich töten.

„Gehen wir!“ sagte der Soldat aufspringend.

Der „Student“ erhob sich langsam.

Und wir gingen, wir liefen beinahe. Der „Student“ hielt sich hinter uns.

„Ein netter Gefährte!“ rief ihm der Soldat vorwurfsvoll zu.

Uns entgegen erklang ein dumpfes Brummen und das scharfe Geräusch eines knackenden Hahnes; dann bligte eine Flamme auf, und ein Schuß frochte.

„Arbeit!“ rief der Soldat froh und stürzte sich mit einem Schrei auf den Menschen. „No warte, Teufel, ich werde dir zeigen . . .“

Der „Student“ warf sich über den Auersack.

Aber der Mensch fiel von den Knien auf den Rücken, streckte die Hände aus und rächelte.

„Was ist das, zum Teufel?“ wunderte sich der Soldat, der schon den Fuß erhoben hatte, um dem Menschen einen Tritt zu versetzen. „Berhalb stöhnt er? . . . Du! Was ist dir? Heda, du! Hast dich selbst getroffen, wie?“

„Und Fleisch und kleine Kuchen und Brot . . . viel, Brüder!“ erklang frohlockend die Stimme des „Studenten“.

„Ja, hol dich der Teufel! Krepiere . . . Wir wollen essen, Freunde!“ rief der Soldat.

Ich entwand dem Menschen, der bereits aufgehört hatte zu rächeln und jetzt unbeweglich lag, den Revolver. In der Trommel befand sich nur noch eine Patrone.

Wir aßen wieder, aßen schweigend. Der Mensch lag da und schmiegte auch, ohne ein Glied zu rühren. Wir beachteten ihn gar nicht.

„Was, meine lieben Brüder, Ihr tatet das nur des Brotes wegen?“ erklang plötzlich eine zitternde, hellere Stimme.

Wir zuckten zusammen. Der „Student“ bekam sogar etwas in die Luftröhre und begann, sich krümmend, zu husten.

Der Soldat begann mit vollem Munde zu schimpfen.

„Du Hundesekel! Wägest du plagen wie ein trodener Klotz! Zieh mir die vielleicht das Fell ab? Was sollten wir auch damit? Du verrückte Trage! Rein, so was — auf Leute schießen! Bannfluch!“

Er schimpfte und ah, wodurch sein Schimpfen alle Energie verlor.

(Schluß folgt.)

Die Sterblichkeit nach Berufen. Auf Grund der letzten englischen Volkszählung hat man interessante Feststellungen darüber gemacht, in welchen Berufen die Menschen am längsten und am kürzesten leben. Als der „bekümmlichste“ Beruf wurde dabei der des Geistlichen festgestellt, und wenn man die niedrigste Sterbeziffer, die sich bei den Dienern des Wortes Gottes ergab, mit 100 annimmt, so folgen die anderen Berufe dann in folgender aufsteigender Skala: Gärtner 108, Landwirt 114, Fischer 143, Schlosser 158, Schuster 168, Schenke 175, Eisenbahner 183, Schneider 189, Kerze 202, Schlichter 211, Bierbrauer 245, Drochtkentischer 267, Gastwirt 274, Bettler und Hausierer 338.

Die Attentatswahlen.

Ein ungedruckter Brief Liebknechts an Mosteler.

Als der Reichstag 1878 den ersten Ausnahmegesetzentwurf gegen die Sozialdemokratie abgelehnt hatte, löste Bismarck das Reichsparlament auf. Die Wahlen verstärkten die Rechte und schwächten die Linke. Die Sozialdemokratie blieb als Massenpartei im allgemeinen unangefochten.

Handschrittelich äußert sich nun Liebknecht in einem dem Mostelerischen Nachlass entstammenden Briefe über die sozialdemokratischen Wahlergebnisse folgendermaßen:

Berlin, den 6. August 78.

Die Sozialdemokratie hat von ihren 12 Abgeordneten bloß 2 wieder durchgebracht, 6 Sitze sind definitiv verloren, in 13 steht die Partei in Stichwahl und wird wohl noch 2 oder 3 Sitze erlangen. Die Sozialdemokraten waren während der Wahl vogelfrei; nicht ihrer Kandidaten und Redner verhaftet, ihre Flugblätter konfisziert, Versammlungen verboten. Die Arbeiter, welche für Sozialdemokraten stimmten, mit Entlassung bedroht, das gesetzlich garantierte Wahlgeheimnis durch skandalöse Manoeuvres Mißbraucht gemacht — so konnte das Ergebnis kein anderes sein. Trotzdem hat die Sozialdemokratie und fast in allen Centren unseres politischen Lebens, in Berlin, Breslau, Leipzig, Dresden, Hamburg, Offenbach, Mainz usw. beträchtlich größere Stimmenszahlen aufzuweisen als bei der vorigen Wahl, und sie hat darum ein gewisses Recht, sich den Sieg zuzuschreiben. Jedenfalls ist ihr gelungen, die vereinigten Gegenparteien, von denen sie vernichtet werden sollte, zurück zu werfen, ihnen noch Terrain abzunehmen.

Wie sehr die sozialdemokratische Partei speziell in Berlin an Boden gewonnen hat, das erhellt aus nachstehenden Ziffern: Bei der Wahl zum Norddeutschen Reichstag hatten die Sozialdemokraten bloß 60 Stimmen; bei der folgenden Wahl zum ersten deutschen Reichstag 1871 war die Zahl auf 1961 gestiegen; bei der Wahl zum zweiten deutschen Reichstag 1874 wurden 11.971 sozialdemokratische Stimmen abgegeben; bei der Wahl zum dritten deutschen Reichstag 1877 erhob sich die Stimmenzahl auf 31.522; und diesmal, am 30. Juli 1878, beträgt die Zahl sozialdemokratischer Stimmen 56.336. Binnen 7 Jahren, wenn wir die Wahl zum norddeutschen Reichstag nicht mitrechnen, wo die Sozialdemokratie in Berlin kaum vertreten war, hat die Zahl sozialdemokratischer Wähler sich also in der Reichshauptstadt verdreifacht, seit 1874 beinahe verdreifacht; seit dem 10. Januar 1877, d. h. binnen 1 1/2 Jahren, beinahe verdoppelt. Das sind Ziffern, die allerdings „zu denken geben“, um so mehr, wenn man ermäßigt, daß das Auftreten der Sozialdemokratie als Partei mit der Gründung des deutschen Reichs zusammenfällt. Nur ein oberflächlicher Mensch kann verleben, einen tiefen Zusammenhang zwischen dem mächtigen Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung und der Gründung und dem Wesen des deutschen Reichs zu erkennen. Die Zerstörung aller Autorität in politischen und religiösen Dingen durch die Bismarckische Innekonspiration und den Bismarckischen Kulturkampf; die wirtschaftliche Anarchie durch die Manchester-Gesetzgebung, den „Milliardenlogen“, und den von oben herab gepflegten geschäftlichen Schwindel; die kolossale Belastung des Volkes durch Blut- und Geldsteuer — das alles war Wasser auf der Mühle der Sozialdemokratie. Und nehmen wir dazu noch das nachantagonische Operieren mit dem „Roten Gepenst“, das Rotieren mit dem Sozialismus, um das Bürgertum zu erschrecken, um es dem Absolutismus in die Arme zu treiben — so erscheint mir das Wachstum der Sozialdemokratie durchaus natürlich.

Die Wilhelmsspende hat bloß circa 3 Millionen Mark eingebracht, ungefähr 1/4 aller Deutschen hat Beiträge geliefert. Wenn wir nun jeden Deutschen (die Kinder eingerechnet, welche ja auch zugezogen wurden), der nichts beigetragen hat, als Reichsfeind und „indirekten Majestätsbeleidiger“ betrachteten müßten, wie die reaktionären Heißsporne dies zu Anfang verlangten, dann hätte man durch die lakonische Demonstration bloß festgestellt, daß zwei Drittel aller Deutschen Reichsfeinde und „indirekte Majestätsbeleidiger“ sind.

Ich erzählte Ihnen das vorige Mal von den famosen Sicherheitsregeln in Babelsberg. Wohl, 2 Tage, nachdem ich geschrieben, den 29., den Tag vor der Wahl, wurde der Kaiser plötzlich unter den demagogischen Vorlesungsmagern, als ob 1000 Meuchelmörder auf ihn lauerten, von Babelsberg entführt und nach Teplitz geschafft. Was die Berliner von solchen reaktionären Theaterstücken und zur Aufhebung des lapalen Bauernums halten, das zeigten sie am 30. Juli, indem sie die Partei der „Königstreuen“ par excellence mit Glanz durchfallen ließen. . . .

Der Brief Liebknechts kündigt übrigens schon den „Kanoffgang“ Bismarcks an. Der ganze Optimismus des Soldaten der Revolution“ spricht sich in diesem Briefe aus. Liebknecht erfährt den „Bismarckischen Auflösungsstaatsstreik“ für „mißglückt“. Und er hatte damit recht, wie sich freilich erst nach Jahren der Schmach und der Gewalttat ergeben sollte.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 2. Kreis Tiergarten... 7. Kreis Charlottenburg... 17. Kreis Lichterberg...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

101. Wkt. Treptow und 102. Wkt. Baumfäulenweg. Die Einbürgerung des Genossen...

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Achtung, Abteilungsleiter! Bietet sofort die Berichtsbogen ab. Eintrittskarten zum 2. Konzert des „Jungen Chor“ am Sonntag...

Morgen, Sonntag, 11. April: Oben Nr. 2. Befehl des Arbeiter-Blockfahrers...



Welch' herrliche Erscheinung mit 40 Jahren!

Versuchen Sie tausenderlei verschiedene von außen anzuwendende Schönheitsmittel...

Kruschen Salz

In Apotheken und Drogerien M. 3.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

Theater, Lichtspiele usw.

Grid of theater and cinema advertisements including Staats-Theater, Lessing-Th., and various smaller venues.

Kundgebung an den Reichstag!

Sonntag, den 11. April, vorm. 1/2 11 Uhr Zirkus Busch

Thema Erdrosselung der Krankenrechte Die Natur- und Kneippheilmethode, Biochemie, Homöopathie bedroht durch Gesetzliche Zwangsmaßnahmen...

Redner: Dr. med. Arendt, Berlin / Arthur Hoffmann, Staatsrat a. D., Saalfeld. Eintritt frei!

Volksbühne Theater am Mühlplatz... Faust... Mariborough zieht in den Krieg...

Komische Oper Die Neue Revue Berlin Komd ohne ohne Komd... Preise 1-7,50.

WINTER & GARTEN Frühjahrspreise! Loge und Terrasse M. 5.—

Elite-Sänger Täglich Kottbuser Str. 6 8 Uhr Der neue Schläger 3 Uhr

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr und Sonntags nachmittags 3 Uhr

Rennen zu Karlshorst Sonntag, den 10. April nachmittags 3 Uhr

Walhalla-Theater Täglich 8 Uhr: Revue der Einakter U. a. Lichtenbach, Madame Papillon...

Verkäufe

- Reichs- (Händler-Verkauf), Einverleibungs-Gelddarlehen, Eisenwaren, Textilien, Kleiderstoffe...

Wohnungsmöbel, Kleiderstoffe, Teppiche, etc.

Möbel, Kaminmöbel, Schreibtisch, etc.

Musikinstrumente, Klavier, Harmonika, etc.

Fahrräder, Motorräder, etc.

Kaufgesuche, Kleingärtner, etc.

Unterricht, verschiedene, etc.

Wohnungen, Vermietungen, etc.

Arbeitsmarkt, Stellengesuche, etc.

die einzigen alkalischen Thermen Deutschlands

Neuenahrer Sprudel

Zucker, Gallensteinen, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Blasenleiden, Gicht und Katarrhen. Trink- und Badekur in Neuenahr in voll Umlaufener, Bade- u. Hauskuren durch Kardirektion Bad Neuenahr (Rheinland).

Um den Export nach Spanien!

Der deutsche Weinzoll — Weinbau und Industrieexport.

Die Besprechungen über den deutsch-spanischen Handelsvertrag dauern noch immer an, und es hat den Anschein, als sollte es wieder einmal den Winzerverbänden und ihren demagogischen Vorkämpfern gelingen, die Zukunft des deutsch-spanischen Handelsvertrages ins Ungewisse zu rücken. Es erscheint daher nützlich, sich noch einmal die wesentlichen Tatsachen vor Augen zu führen, die für die Bemessung des Weinzolles entscheidend sind.

Wie der hohe Weinzoll entstand.

Die Vorkriegszölle für Naturwein und Dessertwein betragen 20 M. für Verschnittwein 15 M. pro Doppelzentner. Berücksichtigt man diese Sätze mit den im deutsch-spanischen Verträge enthaltenen Weinzöllen, so ergibt sich, daß diese erheblich differenziert sind, jedoch in keiner Weise unterdrückt wurden. Bismarck lag der Satz für Weißwein sowie für Dessertwein um 50 bis 75 bzw. 25 Proz. über den Vorkriegssätzen. Dennoch haben gerade diese Zölle beinahe einen Sturm der Entrüstung im deutschen Weinbau erregt. Nach dem Weinsteuergesetz vom Jahre 1918 waren nämlich die autonomen Zollsätze der Vorkriegszeit außerordentlich stark erhöht, zum Teil mehr als verdoppelt worden. Diese Zollserhöhung, die angesichts der wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands während des Weltkrieges zunächst rein theoretischer Natur war, sollte den Winzern ein Entgelt für die neu eingeführte Besteuerung des Weinverbrauchs geben. Aus handelspolitischen Gründen wurden die Zollsätze des Weinsteuergesetzes von 1918 in der kleinen Zolltarifnovelle des Vorjahres noch weiter überschritten. Der Winzernsturm gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag hatte immerhin insofern eine gewisse rechtliche Grundlage, als der deutsch-spanische Vertrag die Entschädigung, die die erhöhten Zollsätze für die Erhebung der Weinsteuern geben sollten, beseitigte. Mit der Beseitigung der Weinsteuern hätte aber die Rückkehr zu den Vorkriegszöllen automatisch verbunden sein sollen. Im italienischen Verträge sind beinahe nicht unerheblich höhere Sätze eingeführt worden, als sie der spanische Vertrag vorsah. Von den Winzerorganisationen wird nun die Beibehaltung dieser Zollsätze auch im deutsch-spanischen Verträge gefordert, während die spanischen Unterhändler Sätze fordern, die diese um ein Geringes (es dürfte sich nur um einige Mark pro Doppelzentner dabei handeln), unterdrücken.

Warum brauchen wir den deutsch-spanischen Vertrag?

Wenn die Aufhebung der Weinsteuern einen Anspruch, den die Winzer aus dem Weinsteuergesetz vielleicht hätten ableiten können, beseitigt hat, so bliebe noch zu prüfen, wie es sich mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Weinbaues verhält. Nach der Betriebszählung des Jahres 1907 gab es auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands rund 175 000 landwirtschaftliche Weinbaubetriebe bei einer im Ertrag stehenden Rebfläche von 60 404 Hektar. Bei einem Rückgang der Weinbaufläche um 18 Proz. bis zum Jahre 1925 wird man annehmen dürfen, daß die Zahl der Betriebe mindestens in gleichem Ausmaße zurückgegangen ist, d. h. daß es gegenwärtig nur noch 140 000 bis 145 000 Weinbaubetriebe in Deutschland gibt. Nach einer Feststellung des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Rur, die er in einem Aufruf Anfang des vorigen Jahres gemacht hat, können 70 bis 75 Proz. der Winzer notdürftig von ihrem Ackerlande leben; d. h. die Zahl der unmittelbar notleidenden Winzer beträgt 30 000 bis 50 000. Jedoch ist auch diese Zahl wahrscheinlich noch zu hoch gegriffen. Gegenüber der Behauptung, daß zwei Millionen Menschen auf die Weinzölle angewiesen seien, die sogar einmal vom Staatssekretär des Reichsernährungsministeriums aufgestellt worden ist, ohne daß dieser Herr irgendwelche Unterlagen für seine Behauptung gehabt hätte, zeigt sich also, daß die Zahl der Winzer, bei denen die Rede davon sein kann, daß sie in unmittelbarer dringender Not sich befinden, sehr viel geringer ist, als gemeinhin angenommen wird. Demgegenüber betrug

die deutsche Ausfuhr von Waren nach Spanien im letzten Jahre über 161 Millionen Mark, d. h. daß rund 60 000 bis 65 000 Arbeiter der Industrie von diesem Export lebten. Diese Ziffer reicht jedoch keineswegs aus, um sich ein Bild von der Bedeutung des deutsch-spanischen Handelsverkehrs zu machen. Die deutsche Ausfuhr war beinahe ständig im Wachsen, ehe der Weltkrieg ausbrach, und kam im letzten Vorkriegsjahr beträchtlich unter den im dritten Vierteljahr 1925 erreichten Höhepunkt. Nimmt man diesen Höhepunkt zum Ausgang, so ergibt sich eine beschäftigte Arbeiterzahl von rund 80 000. Diese Exportindustrien, die bisher schon 80 000 Arbeiter für den spanischen Markt beschäftigten, und die oben erwähnten 30 000 bis 50 000 Winzerfamilien sind es also, deren Interessen in Wahrheit miteinander in Konflikt liegen.

Es kann nicht schwer fallen, zwischen diesen Interessen, die miteinander kollidieren, eine Entscheidung zu treffen. Während der deutsche Weinbau nicht erst seit heute und gestern im Rückgang ist und schon im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege notleidend war, während selbst das Festhalten an den italienischen Zöllen keineswegs ausreichen würde, um ihm eine auskömmliche Existenz zu gewährleisten, hat sich der deutsche Export nach Spanien bis zu dem unsinnigen Zollkriege und dem schlechten Provisorium stetig für Deutschland gebessert.

Die Weinkrise und ihre Bekämpfung.

Nur für den deutschen Weinbau ist es wichtig, sich über die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten einmal umfassend klar zu werden. Zu den an dieser Stelle wiederholt dargestellten allgemeinen Gründen für den ständigen Rückgang des deutschen Weinbaues treten zwei besondere Gründe hinzu, von denen der eine vorübergehender Art ist und der zweite durch energielose Selbsthilfe der Winzer beseitigt werden könnte. Der vorübergehende Grund ist die überaus reichliche Weinernte des Jahres 1922, die einen Durchschnittsertrag pro Hektar hatte, der über das Doppelte des Vorkriegsdurchschnittsertrages hinausging. Dieser Meer, der obendrein einen schlechten Absatz hat, fällt noch aus der Inflationszeit her die Lager der Weinhändler und hemmt den Absatz neuer deutscher Weine. Wenn der Meer ausgetrunken sein wird, wird sofort eine Erleichterung für den deutschen Weinbau eintreten.

Der zweite Grund, auf dessen Bekämpfung die Selbsthilfe der Winzer sich richten sollte, ist die unzureichende Absatzorganisation für deutschen Wein. Wer durch die Straßen Berlins geht, sieht in jedem Kolonialwarenladen lange Reihen von Flaschen spanischen Weines stehen. Will er deutschen Wein kaufen, wird er meistens in eine Weinhandlung gehen müssen. Die Verbindung des Imports von Wein mit dem übrigen Import aus Spanien hat dazu geführt, daß der Weinimport in die Hände des allgemeinen Kolonialwaren-Verkehrshändlers gefallen ist und daß sich dem spanischen Wein die gesamte Absatzorganisation der Kolonialwarengeschäfte mühelos erschlossen hat. Hier könnte die Selbsthilfe der Winzer einsetzen. Dabei sollte man sie auch unterstützen. Um der Winzerinteressen willen aber den spanischen Exportmarkt zu opfern, wäre nicht nur töricht, sondern auch nutzlos; denn die Notlage der Winzer hängt nicht von den Zollunterschieden ab, um die man sich gegenwärtig streitet.

Wie gemeldet wird, hat in den deutschen Weinbaubereichen eine lebhaftere Kautel eingeleitet, weil durch den Wegfall der Weinsteuern die Preise gesenkt wurden.

Die Denkschrift der Wirtschaftskreise zum spanischen Vertrag.

Zur Prüfung des deutsch-spanischen Handelsvertrages war beinahe noch einer Aussprache des Reichstages mit den Vertretern der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, des Weinbaues und der Gewerkschaften ein Ausschuss eingesetzt worden, dem die beteiligten Wirtschaftskreise angehörten und der mit der Regierung zusammen das einschlägige Material prüfen sollte. Das ist nunmehr geschehen. Der Ausschuss hat auf Grund seiner Prüfungen eine Denkschrift ausgearbeitet, die vor dem Abschluß steht. Die Entscheidung des Reichstages dürfte bereits in aller nächster Zeit fallen.

Kurseinbruch an der Berliner Börse.

Die Hausbewegung an der Berliner Börse, die wir wiederholt verzeichnet hatten, wurde gestern durch einen auffälligen Kurseinbruch unterbrochen. Eine ganze Reihe von führenden Papieren erlitt Kursrückgänge, zum Teil in dem beträchtlichen Ausmaß von 4 bis 7 Proz. Allerdings erholten sich im Börsenverlauf die Notierungen der wichtigsten Spekulationspapiere, so daß zunächst von einem Stimmungsumschwung noch nicht gesprochen werden kann. Die Kursrückgänge erstreckten sich auf die meisten Marktgebiete; die früher bevorzugten Werte der Roman- und der Elektroindustrie, besonders aber auch der Maschinenindustrie wurden vorwiegend von den Kursrückgängen betroffen. Da der Geldmarkt noch anhaltend flüssig ist und mit einer Herabsetzung des Privatdiskonts gerechnet wird, ist es zum mindesten zweifelhaft, ob die Kursrückgänge der gestrigen Börse sich in einer weiteren rückläufigen Bewegung auswirken werden.

Unverkennbar ist bei der ganzen Bewegung der Spekulative Einschlag, die anfänglich besonders starken Kursrückgänge waren herbeigeführt durch Gewinnverkäufe derjenigen Kreise, die vorher ihre Aktien nur in der Absicht erworben hatten, um sie bei steigenden Kursen mit Vorteil abzusetzen.

Vom Hypothekarkredit in der Großstadt.

Die erst nach der Währungsstabilisierung gegründete Berliner Stadtschuldbank, die das Bankinstitut des behördlichen und gemeinnützigen Berliner Pfandbriefamtes ist, gibt jetzt ihren Geschäftsbericht für das zweite Geschäftsjahr (1925) bekannt. Demnach hat die Bank, trotz der allgemein schwierigen Wirtschaftsverhältnisse, mit beifriedigendem Ergebnis gearbeitet. Aus einem Rohgewinn von 477 591 M., der bei einem Aktienkapital von 1,1 Millionen Mark erzielt wurde, werden 265 675 M. durch Verwaltungskosten und Abschreibungen (letztere betragen 17 248 M.) beanprucht; von dem verbleibenden Reingewinn (211 913 M.) gehen 66 000 M. als Dividende in Höhe von 6 Proz. in die Hand der Aktienbesitzer (d. h. also: in öffentliche Kassen), während nicht weniger als 48 000 M. als Gewinnbeteiligung an die Herren des Vorstandes und des Aufsichtsrates, also in die

Hand von Privatleuten, fließen. — Hier scheint ein Mißverhältnis vorzuliegen, über das genauer nur dann gefogt werden könnte, wenn die Höhe der eigentlichen Personalausgaben (Gehälter) die Größe des Personalbestandes bekanntgeben würden. Auch die Höhe der Einnahmen aus Pfandbriefgeschäften, Zinsüberschüssen und Provisionen fordert zu einer Kritik heraus. Der Absatz an Pfandbriefen war mit 4 Proz. Provision usw. vorbestimmt. Durch solche hohe Gewinnbemessung verteuert die Bank naturgemäß den Pfandbriefkredit, als dessen Vermittlerin sie geschaffen ist.

Im Vorjahr hat die Bank (zugleich mit für den Berliner Hypothekenerverein) die Zulassung von insgesamt 45 Millionen acht- und zehnjährigen Goldpfandbriefen an der Berliner Börse verwirklicht; im Geschäftsjahr wurden weiter 15 Millionen Goldpfandbriefe (nur zehnjährige) eingeführt. Der tatsächliche Umsatz an Pfandbriefen der beiden Institute stellte sich gegenüber dem Gesamtbeitrag von 60 Millionen zugelassener Werte auf nur 17,96 Millionen Mark. Damit sind — jeweils in Prozenten der emittierten Pfandbriefe — etwa 65 Proz. der zehnjährigen Berliner Goldpfandbriefe und etwa 40 Proz. der zehnjährigen Berliner Goldstadtschuldbriefe tatsächlich vom Käuferpublikum angenommen worden. Die Aufgabe der Bank, durch Rückkäufe bei sinkenden, Abgaben bei steigenden Kursen für eine gleichmäßige Kursentwicklung zu sorgen, ist erfolgreich durchgeführt worden. Ein Teil der Pfandbriefe konnte an ausländische Kapitalisten abgesetzt werden, die dies Papier als feste Anlage ihrer Gelder benutzt haben; Rückkäufe aus dem Ausland wurden nicht beobachtet.

Nach einer fast völligen Stokung des Absatzes im zweiten Halbjahr 1925 hat sich zu Anfang 1926 das Pfandbriefgeschäft, wie bekannt, wieder lebhaft entwickelt. So war die Bank in der Lage, den kreditnehmenden Grundstückeigentümern erheblich günstigere Bedingungen zu gewähren.

Der Zinsfuß für Wohnungsbaukredite, von denen (in Zusammenhang mit der Wohnungsfürsorgegesellschaft G. m. b. H.) im Geschäftsjahr insgesamt 4,257 Millionen ausgezahlt wurden, betrug für das erste Halbjahr 11 Proz., für das zweite Halbjahr 8 Proz. Bisher wurden 918 Wohnungen (mit 2357 Zimmern) aus diesen Krediten, die fast ein Viertel der insgesamt gewährten hypothekarisch gesicherten Kredite ausmachen, fertiggestellt; weitere 217 Wohnungen (mit 598 Zimmern) befinden sich in Bau.

Elektrifizierung der preussischen Domänen. Der preussische Landwirtschaftsminister ersucht die Regierungsstellen in einem Rundschreiben, die Elektrifizierung der Domänen tatkräftig und mehr als in den letzten Jahren zu fördern. Um das möglich zu machen, ist der Domänenfiskus bereit, die Kosten für die elektrischen Anlagen zu übernehmen. Der Domänenpächter hat diese Anlagekosten vom Zahlungstage an bis zum Abschluß mit jährlich 7 Proz. zu verzinsen und zu tilgen. Weiter wird in dem Rundschreiben des Ministers betont, solche Anlagen zu schaffen, die vor allem den Anforderungen einer neuzeitlichen Betriebsführung entsprechen. Grundätzlich ist davon auszugehen, daß das Gebiet nicht nur mit Licht, sondern auch mit Kraftstrom versorgt wird, da sich hierdurch die Anlage wesentlich rentabler stellt und ein neuzeitlicher Landwirtschaftsbetrieb ohne Verwendung elektrischen Kraftstroms wenigstens im beschränkten Umfang kaum durchzuführen ist.



Müdigkeit!

und alle sonstigen Folgen von Stoffwechselläden werden behoben durch die 12 mineralischen Salze des Dr. Schröders-Aufbausals. Wichtig ist der sofortige Beginn einer Frühjahrs-Kur.



- Es schafft... : gesundes, alkalisches Blut.
- Es behebt... : Müdigkeit, Abspannung, Verlust.
- Es kräftigt... : Nerven, Muskeln, Haarwurzeln, Zähne.
- Es erneuert... : die Zellen und Gewebe.
- Es fördert... : Verdauung, Blutumlauf, Stoffwechsel.
- Es reinigt... : Nieren, Leber, Darm und Blase.
- Es bindet... : die überschüssigen Säuren im Blut.
- Es beseitigt... : Fettsäuren und verhindert Verfärbung.
- Es stärkt... : Kräftegefühl, Frohsinn, Wohlbehagen.

Dr. Schröders-Aufbausalz

Groß-Kur Mark 3.— Klein-Kur Mark 1.50.
In Apotheken und Drogerien zu haben.

Generalvertrieb: „Vita“ Vertriebs-Handelsges. m. b. H., Berlin SW 6, Besselstr. 19, 1. Stock, Ecke Charlottenstraße. Telefon: Dönholt 349

Was sind P.K. Kau-Bonbons?

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Kau-Bonbons ein Zeitvertreib für Kinder sind!

Die Wrigley P.K.-Kau-Bonbons sind ein hervorragendes Mittel, um Zähne und Mund zum reinigen. Als solches werden sie von Aerzten und Zahnärzten vielfach empfohlen.

Wrigley P.K.-Kau-Bonbons beseitigen das Durstgefühl und verleihen dem Atem dauernd ein angenehmes Aroma.

Sie regen den Appetit an und fördern die Verdauung.

C.P.1 Päckchen—4Stück—10Pf. Überall erhältlich!



WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M

